Nr. 73. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das Übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 27. März 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Eine preußische Zuchthausstatistik.

Das Verbrechen ist eine sociale Krankheitserscheinung, die in ihrer Ziffer steigt und fällt mit der Verschlechterung oder Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die Statistiken sind bekannt, die schlagend bewiesen haben, wie in den Perioden hoher Getreidepreise und verringerter Erwerbsgelegenheit die Eigentumsvergehen sich erschreckend vermehren. Aber ebenso wenig wie diese erwiesenen Thatsachen das agrarische Volksausbeutertum von dem schamlosen Brotwucher zurückzuhalten vermögen, zieht die kapitalistische Gesellschaft aus der Steigerung der Verrechenziffer die rechte Lehre. Sie denkt nicht daran, die socialen Verhältnisse zu bessern, und wenn die Ziffer des Verbrechens sich mehrt, so kommt sie mit ihrer stumpfsinnigen „Abschreckungstheorie." Der Oberagrarier Oertel schreit nach Knutenprügeln für die Verbrecher. Andre reaktionäre Menschenfreunde finden die Schrecken des Zuchthauses zu milde. Sie bedauern, daß die Unterschiede zwischen Gefängnis und Zuchthaus sich verwischt hätten und, weit entfernt, an eine Milderung des Strafvollzugs in den Gefängnissen zu denken, der sich thatsächlich immer mehr verschärft hat, soll die Zuchthausstrafe verschärft werden. Mit Prügeln ist aber noch nie ein hungriger Magen beruhigt worden und das Zuchthaus kann nicht gut machen, was der Kapitalismus durch seine Eigentumsordnung und seine anarchische Produktionsweise, der Staat durch die Vernachlässigung der Volksschulbildung und den fast völligen Mangel jeder socialen Fürsorge gesündigt haben.

Die kürzlich veröffentliche Uebersicht über die Zuchthausgefangenen in Preußen für das Jahr 1900/1901 bleibt mit ihrer Gesamtzahl um etwa 40 Proz. hinter den vor zwanzig Jahren erreichten Ziffern zurück. Im allgemeinen ist in der Periode seit 1869 die Zahl der Zuchthäusler nie so niedrig gewesen, und kapitalistische Blätter, die solche Dinge sogleich tendenziös ausschlachten, verfehlen denn auch nicht, sich die Zahlen in ihrem Sinne zurechtzulegen.

Uns jedoch scheint die Gesamtzahl von 22 500 Zuchthausgefangenen in Preußen an sich eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft zu sein. Sie verschärft sich noch, wenn man die Zahlen genauer betrachtet.

Im Berichtsjahre haben die preußischen Zuchthäuser einen Zuwachs von 5500 Personen gehabt. In einem einzigen Jahre 5500 neue Verbrechen neben den Vergehen, die durch die Gefängnisse gebüßt werden! Dieser Zuwachs bringt gegen das Vorjahr eine Steigerung, die als eine Folge der verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnisse erscheint.

1899 war das Jahr der Hochkonjunktur. 1900 setzte die anhaltende Verschlechterung ein. Die Arbeitslöhne sanken, die Arbeitsgelegenheit nahm ab und ein Massenelend begann sich auszubreiten. Sein Spiegelbild ist die Zunahme der Zuchthaus-Insassen im Jahre 1900/1901.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht sind die Zahlen bemerkenswert. Sie zeigen vielmehr im weiteren, wie notwendig eine durchgreifende sociale Fürsorge für die Verbrecher und die Bekämpfung der socialen Uebelstände ist, die das Verbrechen hervorrufen.

Von den 4743 männlichen Personen, welche 1900/1901 in die preußischen Zuchthäuser eingeliefert wurden, bestand nur etwa der zehnte Teil aus Neulingen in der Verbrecherwelt. Von den übrigen waren etwa 75 Proz. bereits mehr als dreimal vorbestraft. Die Strafen haben sie also nicht „gebessert". Und wie könnte das auch möglich sein. Der einmal Gestrauchelte findet bei seinem Wiedereintritt in die Gesellschaft die gleichen Verhältnisse vor, die ihn auf die Bahn des Verbrechens getrieben haben. Für ihn persönlich hat sich alles noch schlechter gestaltet und so öffnet sich ihm in den meisten Fällen bald das Zuchthaus wieder, welches er eben verlassen hat.

Kennzeichnend ist in dieser Hinsicht insbesondere das Folgende. Seit einigen Jahren herrscht in den preußischen Zuchthäusern die Praxis, für die mehr als dreimal mit Freiheitsstrafen belegten Personen besondere „Zählkarten" einzuführen. Sie geben über Herkunft, Vorleben und die persönlichen Verhältnisse der Sträflinge Auskunft. Auf solche Weise sind seit 1894—1901 die persönlichen Verhältnisse von 31 000 Gefangenen festgestellt worden. Rund ein Drittel von ihnen war mehr als elfmal, zwei bis drei Prozent sogar mehr als dreißigmal vorbestraft! Ist das nicht der schmählichste Bankerott jener Theorie, die da glaubt, durch immer mehr sich verschärfende Strafen einen einmal Gefallenen „bessern" zu können, während sie an den socialen Ursachen des Verbrechens taub und blind vorübergeht?

Der große Teil dieser Zuchthausinsassen sind Verbrecher schon von Jugend an. Die erste Strafthat hat etwa die Hälfte von ihnen bereits vor dem zwanzigsten Lebensjahre begangen, sieben Prozent schon vor dem 14. Lebensjahre. Wie ganz anders würde sich dieses düstere Bild gestalten, wenn Staat und Gesellschaft sich der Proletarierjugend annähmen. Aber der Kapitalismus zerstört das proletarische Familienleben, er beutet Vater und Mutter aus und macht sie unfähig, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen. Schon die Kinder zwingt er zur Erwerbsarbeit und während die Volksschule ihre Erziehungsaufgaben nur höchst mangelhaft erfüllt, wird der sittliche Halt durch den Kapitalismus oft schon frühzeitig in der Jugend verwüstet. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine frühere Statistik der Strafanstalt Plötzensee, welche feststellte, daß der erdrückend größere Teil ihrer jugendlichen Insassen bereits im Kindesalter der Erwerbsarbeit obgelegen hatte. Gerade die Zerrüttung des Familienlebens, der Mangel der Erziehung, im Verein mit den Gefahren der Erwerbsarbeit der Kinder, ist die Ursache der jugendlichen Verbrecher.

Die Zählkarten enthalten auch ein Gutachten der Anstaltsbeamten über die Frage, ob bei jenen Zuchthäuslern nach der Entlassung ein Rückfall wahrscheinlich sei. Unter den 31 000 Personen bezeichnen die Beamten nur bei 700 den Rückfall als unwahrscheinlich. Wenn man nun auch gut thut, dieses Gutachten, nach dem ganzen Vorstellungskreise, in welchem sich die beamteten Gutachter bewegen, mit Vorsicht aufzunehmen, so giebt es doch ein Bild von der Nutzlosigkeit des ganzen Kampfes der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Verbrechertum. „Gebessert" wird fast niemand, sondern nur für kürzere oder längere Zeit „unschädlich" gemacht. Aber ist das in Wahrheit noch eine Bekämpfung des Verbrechens als sociale Krankheitserscheinung?

Hinsichtlich der Entstehung der Verbrechen, wegen deren sich den Verurteilten die Thore der Zuchthäuser geöffnet haben, ist noch festgestellt, daß etwa in einem Viertel all' der Fälle die That in Trunkenheit begangen worden ist und daß ein Fünftel aller Zuchthäusler aus Gewohnheitstrinkern besteht. Weiter stellt die Vagabundenarmee der Landstraße und die Prostituiertenarmee der Großstädte ein großes Teil der Zuchthaus-Insassen. Mithin sind die Verbrecher durchschnittlich bereits auf der tiefsten Stufe des moralischen Verfalles angelangt, wenn sie Handlungen begehen, die sie ins Zuchthaus bringen.

Für die junkerlichen Anwälte der Prügelstrafe und der Verschärfung des Strafvollzugs, die dafür natürlich immer auf die Großstädte und die Industriecentren verweisen, muß die Feststellung der Statistik interessant sein, daß nämlich auch zu den Zuchthausinsassen Ostpreußen, Posen und Schlesien — die Dorados der Junker — einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz stellen. Ueberhaupt dort, wo die „patriarchalische" Ausbeutung noch mit all ihren Schönheiten besteht und die Volksschule nur geringen Einfluß hat, kommen die meisten späteren Verbrecher her. Von den im Berichtsjahre neu eingelieferten 5500 Zuchthäuslern hatten 300 gar keine Schulbildung, 2500 hatten nur eine ganz mangelhafte Schulbildung genossen. Also bei mehr als der Hälfte fehlte die Durchschnittsbildung der Volksschule! Wie könnte es auch anders sein in einem Lande, in welchem das Junkerparlament über die Volksschule wacht, jenes Junkertum, dessen Grundsatz lautet: „Der dümmste Arbeiter ist der beste!" Mehr Schulbildung, mehr Wissen ist eines der besten Mittel im Kampfe gegen das Verbrechen.

Selbst wenn man alle jene Fälle wegstreicht, in denen eine von humaneren Grundsätzen geleitete Strafjustiz, anstatt der Zuchthausstrafe nur Gefängnißstrafe verhängen würde, ist diese preußische Zuchthausstatistik ein düsteres Bild. Sie zeigt vor allem, daß für den Klassenstaat die Bekämpfung des Verbrechens eine Aufgabe ist, an der er scheitert. Ihm erscheint die Bestrafung des Verbrechens als einzige Aufgabe, während es doch in erster Linie die Beseitigung der Ursachen des Verbrechens sein sollte. Deshalb ist auch das Geschrei nach Verschärfung des Strafvollzugs eine reaktionäre Thorheit.

Hebung der Volksbildung durch die Ausgestaltung der Volksschule, Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung und der durch sie erzeugten socialen Not, sociale Fürsorge für die Notleidenden und Unterdrückten, Fürsorge nicht zum mindesten auch gerade für die Ausgestoßenen der Gesellschaft — dadurch allein wird das Verbrechen bekämpft.

Weil aber hierzu den herrschenden Klassen selbst der gute Wille mangelt, wird das Verbrechen den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung begleiten, steigen oder fallen mit den zeitweisen Verschlechterungen und Besserungen, aber immer da sein, bis der Socialismus eine bessere Ordnung der Dinge schafft.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März.

Frauen-Ideale der Zechenbesitzer.

Die „Rh.-Westf. Ztg.", das den besonderen Profitinteressen der westfälischen Bergwerks- und Hüttenbesitzer dienende Zechenblatt fühlt sich wieder mal gedrängt, für deutsche Bildung und deutsche Gesittung in die Schranken zu treten. Meist sind es die durch die wüste socialistische Agitation verhetzten Arbeiter, die es als Beweise für die Notwendigkeit einer Hebung der Volkssittlichkeit im Sinne der Zechenbesitzer und der Verkehrtheit des den Arbeiter mit dem Unternehmer gleichstellenden jetzigen Reichstags-Wahlrechtes vorführt. Diesmal aber hat es sich die „Damen"-Deputation (das Wort Damen setzt das Blatt in Gänsefüßchen), die jüngst dem Reichskanzler ihre Wünsche vorgetragen hat, als Demonstrationsobjekt für seinen eigenartigen Sittlichkeits- und Bildungsbegriff ausersehen. Es schreibt:

„... Da ist es nicht besonders verwunderlich, wenn an der Spitze der an den Reichskanzler gerichteten Forderungen die Aufhebung der Ziffer 6 des § 361 des deutschen Reichs-Strafgesetzbuchs verlangt wurde. Mit solchen Dingen fangen also die radikalen Frauenrechtlerinnen ihre „Hebung des Frauenstandes" an. Die Materie ist zu vielseitig und zu peinlich, um öffentlich diskutiert zu werden. Wir beschränken uns darauf, zu betonen, daß es kaum im Interesse der Frauen gelegen sein kann, wenn mit dieser weiblichen Klasse die Emancipation beginnt ... Das zweite Verlangen ist die Aufhebung des Verbots einer Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Hier ist allerdings insofern ein Mißstand, als das Wort „politisch" zur Zeit zu eng gezogen wird. Wenn Frauen als Gutsbesitzer dem Bunde der Landwirte angehören, so sehen wir gar nicht ein, weshalb sie an den Hauptversammlungen nicht teilnehmen sollen. Man sollte also das Verbot auf die Teilnahme an direkt parteipolitischen Versammlungen beschränken. Aber gerade hierauf kommt es den fortschrittlichen Frauenrechtlerinnen an ... Das ist nun wieder einer der Punkte, denen ein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt werden wird und muß. Der Erteilung von politischen Rechten müssen die politische Fähigkeit und das politische Pflichtbewußtsein vorangehen. Schon ist bei den Männern ein verhängnisvoller Schritt mit der Erteilung des allgemeinen Wahlrechts geschehen. **Jeder Bummler und Analphabet hat dasselbe Recht wie der ehrbare Bürger,** jeder Arbeiter das seines Herrn, jeder Parvenü das des gebildeten Mannes. Diese Gleichberechtigung hob den Einfluß der politischen Bildung, der politischen Befähigung und des Besitztums in Deutschland nahezu auf: sie ist die Mutter sowohl des Socialismus wie des Ultramontanismus. Zwischen diesen beiden Mühlsteinen wird die deutsche Bildung seit Jahrzehnten zerrieben. Und der **fundamentale Fehler, der mit diesem Wahlrecht gemacht ist,** und der dem Reiche möglicherweise die Existenz kostet, soll nun bei den Frauen nochmals gemacht werden."

Die Besorgtheit des nationalliberalen Blattes um die zwischen Socialismus und Ultramontanismus zerriebene deutsche Bildung, die selbstverständlich in reinster Güte durch die Zechen- und Hüttenbesitzer repräsentiert wird, ist herzergreifend. Recht treffend charakterisiert wird sie in ihrer Qualität durch den Vorschlag, daß für die in Begleitung ihrer Gatten und Freunde oder allein nach Berlin zum Genuß der Bundes-Cirkus-Veranstaltungen und andrer gleichartiger Amüsements wallfahrenden notleidenden Gutsbesitzerinnen der Begriff „politisch" erweitert werden soll, für die unter Aufbietung aller Kräfte selbst für ihren Lebensunterhalt schaffende Arbeiterin dagegen nicht.

Bedauerlich ist nur, daß die „Rh.-Westf. Zeitung" nicht hinzufügt, was sie unter dem neuen Frauen-Ideal versteht, von dem sie spricht. Wahrscheinlich ist ihr Ideal ein schon recht altes, das „Züchtigwalten der Frau im häuslichen Kreise" — natürlich auch nur soweit Guts-, Zechen-, Hüttenbesitzerinnen und „ehrbare Bürgerinnen" in Betracht kommen; was die Frau des Arbeiters anbetrifft, so wird das Blatt vielmehr für „ideal" halten, daß sie in der Fabrik kräftig mitarbeitet; und selbst den Arbeiterkindern dürfte es nach seiner Ansicht nur heilsam sein, wenn diese früh lernen, den Profit der nach Besitz, wenn auch weit weniger nach Bildung maßgebenden Unternehmerschaft zu mehren. —

Eine Bauernversammlung gegen die Getreidezölle.

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben:

Eine äußerst wirksame Demonstration gegen die Zollwucherpläne der Hochagrarier fand am letzten Sonntag im unterelsässischen Dorfe Hatten statt. Dort tagte eine ausschließlich von Landwirten besuchte und vom Bürgermeister des Ortes geleitete Versammlung, in der der Gutsbesitzer Wolf vom nahen Hofe Grafersloch über den Zolltarif unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Zölle referierte. In seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen trat er vor allem der von agrarischer Seite beliebten Behauptung entgegen, als ob die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit notleidend sei. Ohne den geringsten Widerspruch zu finden, konstatierte er, daß die Mehrzahl unsrer Bauern, trotz der für die Landwirtschaft nicht gerade günstigen Verhältnisse, doch vorwärts gekommen sei, und führte dann an der Hand statistischen Materials und eigner Erfahrung den Nachweis, daß **eine Erhöhung der Getreidezölle der übergroßen Mehrheit unsrer Landwirte nicht nur keinen Nutzen bringen, sondern im Gegenteil empfindlich schaden werde.** Ganz besonders aber wandte er sich gegen die Zölle auf Futtermittel, die gerade die kleinen und mittleren Bauern als die Träger unsrer **Viehzucht** empfindlich schädigen und auch **denjenigen, die Getreide verkaufen können, den aus den erhöhten Getreidezöllen gezogenen Gewinn wieder nehmen** würden.

Auch die Erhöhung des **Hopfenzolles** bezeichnete er als **verwerflich, weil für den Hopfenbauer schädlich.** Die feinen Sorten böhmischen Hopfens würden trotz des Zolles eingeführt werden, dagegen würde die Gefahr entstehen, daß insbesondere **der elsässische Hopfen sein Haupt-Absatzgebiet nach Belgien und Frankreich verlieren** würde, da mit Sicherheit zu erwarten wäre, daß diese Staaten eine Erhöhung unsres Hopfenzolles mit einer Erhöhung ihres Zolles beantworten würden. **Die deutschen Hopfen-Produzenten sind aber auf die Ausfuhr angewiesen,** was schon aus der Thatsache hervorgeht, daß wir viermal mehr Hopfen ein- als ausführen.

Wie die Erhöhung der **Futtermittel-Zölle,** so werde auch die Erhöhung der Zölle auf fast sämtliche landwirtschaftliche Bedarfs-Artikel für den Bauern schädlich wirken. Der Referent faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß **die Bauern in ihrem eignen Interesse gegen die Erhöhung der Zölle und für gute, langfristige Handelsverträge eintreten müßten,** da **das Wohl und**

Wehe unsres Bauernstandes aufs engste verknüpft sei mit dem Wohl oder Wehe der industriellen Arbeiterbevölkerung, welche die **Hauptabnehmerin der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist.**

Zum Schluß nahm die Versammlung debattelos und **einstimmig** die folgende Resolution an: „Die Versammlung vermag in dem neuen Zolltarif keine, den Bauernstand nachhaltig fördernde Tendenz zu finden, hält dagegen eine Verteuerung der Futtermittel, eine Verteuerung sämtlicher landwirtschaftlichen Bedarfsartikel für verhängnisvoll. Insbesondere protestiert sie gegen jede Hochschutzzollpolitik. Sie erblickt in der Fortführung unsrer bewährten, für das Blühen unsres wirtschaftlichen Lebens notwendigen Handelsvertragspolitik die Vorbedingung der gedeihlichen Weiterentwicklung des mit der Gesamtheit verknüpften Bauernstandes." —

Friedensverhandlungen und Waffenstillstand.

Während „Daily Graphic" berichtet, daß während der Dauer der Verhandlungen in Südafrika thatsächlich ein Waffenstillstand bestehe, ist in London ein Bericht Kitcheners über in den letzten Tagen erfolgte englische Operationen eingetroffen, der auf das Gegenteil schließen läßt. Kitchener meldet nämlich aus Pretoria vom 25. d. M.: Mehrere Kolonnen berittener Truppen unternahmen am Abend des 23. März ohne Geschütze oder irgend welches Gepäck kombinierte Bewegungen gegen Delarey. Abschließende Berichte über das Resultat derselben liegen noch nicht vor. Die Kolonnen Kekewich und General Walter Kitchener erbeuteten drei Fünfzehnpfünder und zwei Pompoms, machten 98 Gefangene und erbeuteten eine Menge Wagen und Vieh.

Ein späteres Telegramm des englischen Oberstkommandierenden beziffert nach Eingang aller Rapporte über die kombinierte Operation die Gesamtzahl der Gefangenen auf 185. Delarey und seiner Truppe ist also, abgesehen von der angeblichen Zurückeroberung der Geschütze Muthuens, kein besonderer Schaden zugefügt worden, doch beweisen diese Operationen, daß trotz der Unterhandlungen der Krieg ruhig seinen Fortgang nimmt.

Ueber die Aussichten der Friedensverhandlungen gehen die Meinungen heute noch genau soweit auseinander, wie in den letzten Tagen. Während einerseits versichert wird, daß das Friedensbedürfnis der Boeren dem der Engländer begegnet und Lord Wolseley zu dem Zweck nach Südafrika entsandt worden sei, um für England Friedensverhandlungen einzuleiten, meldet „Daily Telegraph" andrerseits aus Kapstadt, daß man sich dort darüber einig sei, daß die Wichtigkeit der gepflogenen Verhandlungen und die ganze Aktion Schalk Burgers bedeutend überschätzt worden sei, und daß der Frieden aus denselben nicht hervorgehen könne. In Boerenkreisen versichere man, die Lage der Boeren sei eine viel zu vorteilhafte, um sich den englischen Friedensbedingungen zu unterwerfen. „Daily Mail" weiß dem auch zu berichten, daß Präsident Krüger nur solche Friedensbedingungen zu unterzeichnen geneigt sei, in denen die Entschädigung für die niedergebrannten Farmen, die Garantie Englands für eine Boerenanleihe und die Erlaubnis zur Unterhaltung einer Armee enthalten sei. Diese Bedingungen entsprächen im großen und ganzen der Wiederherstellung des status quo, und auf solche Bedingungen wird sich England schwerlich einlassen. Würden sich aber andrerseits die Boeren eine Entwaffnung gefallen lassen, so käme das trotz aller derartigen Zugeständnisse Englands einer bedingungslosen Unterwerfung der Boeren gleich. Und daß die Boeren sich jetzt schon zu einer solchen bereit finden lassen würden, halten wir für höchst unwahrscheinlich. Es scheint also in der That, als ob die Unterhandlungen Schalk Burgers zu einer Beendigung des Krieges einstweilen nicht führen sollten. —

* * *

Deutsches Reich.

Das Konsilium der Finanzärzte. Aus Dresden meldet uns ein Privat-Telegramm: Die **Ministerkonferenz,** der Graf Posadowsky anwohnte, beschäftigte sich heute mit der **Reichsfinanzreform.**

Die ins Ungemessene gesteigerte Militär-, Marine- und Weltpolitik hat die Reichsfinanzen — trotz der ungeheuren Ausbeutung der Massen durch Zölle und indirekte Steuern — dermaßen gestört, daß auch die Finanzen der Einzelstaaten in Unordnung geraten sind. Nun sind die weisen „Kassen"-Aerzte beisammen und pflegen Rat, wie der Pleite abzuhelfen sei.

Es giebt nur eine vernünftige Reichsfinanzreform: Eine progressive direkte Reichs-Einkommensteuer. —

Preisausschreiben für Spiritusverwertung. Das Kriegsministerium und das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten setzen für die besten in Deutschland hergestellten Vorspannmaschinen mit Spiritusmotor Preise von 10 000, 5000 und 2500 M. aus. —

Der Säbel des Lieutenants. Unter der Anklage der Körperverletzung mit einer tödlichen Waffe, dem Säbel, hatte sich vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Glogau der Lieutenant v. W. von der 2. Batterie des Feldartillerie-Regiments von Podbielski Nr. 5 aus Sprottau zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 3. Februar dieses Jahres die Aufsicht über das Exerzieren der Rekruten zu führen und zog, nachdem das Einzelexerzieren durch die Unteroffiziere beendet war, die Mannschaften der Batterie zusammen. Hierbei gab er das Kommando „Augen rechts". Der Rekrut Goldmann hatte nun schon bei dem ersten Wort des Kommandos die Augen nach rechts gewendet. Hierüber geriet der Lieutenant in eine maßlose Erregung und vergaß sich soweit, **den Säbel zu ziehen und den Kanonier Goldmann damit in die Brust zu stechen.** Der Soldat trug hierbei eine **blutende Verletzung** in der linken Brustseite davon; er mußte ins Lazarett gebracht werden und hat sich laut ärztlichem Attest bis zum 15. Februar dort in Behandlung befunden. Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett hat der Rekrut glücklicherweise keine schlimmen Folgen dieser unsinnigen Stecherei mehr verspürt. Das wurde denn auch vom Kriegsgericht als mildernd in Betracht gezogen, andrerseits aber erwogen, daß der Kanonier dem Lieutenant nur in geringem Maße Anlaß zu einem Tadel gegeben hatte und der Uebergriff im Dienste geschah. Der Lieutenant wurde zu **vierundvierzig Tagen Festungshaft** (!) verurteilt.

Kommentar wirklich überflüssig!

Ein menschenfreundlicher Arzt. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Man mag dem Herrn Doktor Ricklin aus Dammerkirch, einem der jüngsten Mitglieder des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, vieles vorwerfen können, das eine kann man ihm nicht nachsagen, daß er an allzugroßer Philantropie leide. Er hat kürzlich im Landesausschuß über die staatliche Unfallversicherung Ansichten geäußert, die seinem Herzen als Arzt und Menschenfreund wenig Ehre machen. Unter den Nachteilen des genannten Gesetzes habe, so meinte Herr Ricklin, vor allem der Arzt zu leiden; denn „die Unfallversicherten haben das Bestreben, ihre Beschwerden möglichst zu übertreiben, und sie erwarten vom Arzt, daß er auf ihre Beschwerden eingeht (Die Unverschämten!) und ihnen bei Erreichung einer Rente behilflich sein soll." Der Arzt befinde sich da in einem Dilemma, da er sich beim Eingehen auf die Wünsche der Patienten einer Pflichtvergessenheit schuldig, im andern Fall aber die betreffenden Arbeiter zu Feinden mache. Doch hören wir den Herrn Doktor **wörtlich** weiter:

Zur Schande meines Standes muß ich gestehen, daß es **Aerzte giebt, die im Rufe stehen, ein weiches Herz zu haben** für die Rentenbewerber, und die infolgedessen von den betreffenden Klassen mit Vorliebe aufgesucht werden, zum Nachteil ihrer konkurrierenden Kollegen (Aha!), die es mit der Ausstellung von Attesten genauer nehmen... Ich habe den Eindruck gewonnen, daß jeder, der einer Krankenkasse oder Versicherung angehört, darauf ausgeht, möglichst bald eine hohe Rente zu erhalten, und zwar ist es gar nicht zu glauben, was alles gelogen, übertrieben und simuliert wird, um aus der geringsten Verletzung eine Rente zu erhaschen. Wenn man früher zu einem Verletzten gerufen wurde, so hieß es: Herr Doktor, machen Sie mich möglichst rasch gesund, damit ich wieder arbeitsfähig werde. Heute ist dies ganz anders. Kommen Sie zu einem solchen Verletzten, so sagt er: Herr Doktor, ich werde mein Leben lang nicht mehr arbeiten können, schreiben Sie nur sofort ein Attest, damit ich die Rente bekomme! Früher hatten wir Mühe, einen solchen Kranken so lange im Bette zu behalten, um ein gutes Resultat zu erzielen. Heute ist es ganz anders, **wir haben alle Mühe, einen solchen Menschen wieder zur Arbeit zu bringen,** und ist er erst so weit, dann sagt er: Ich kann nicht mehr so recht arbeiten, ich muß eine große Rente bekommen, um den Ausfall in meiner Arbeitsfähigkeit zu decken!... Wenn wir die Segnungen der socialen Gesetze um den Preis erkauft haben, daß darunter die Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit unsres Volkes leidet, so haben wir sie zu teuer erkauft!

Wäre die Behauptung des menschenfreundlichen Herrn Doktor Ricklin, daß den deutschen Arbeitern die „hohen" Renten der Unfallversicherung, bei denen sie mit ihren Familien zum langsamen Hungertode verurteilt sind, lieber sind als ihre gesunden, arbeitsfähigen Glieder, richtig, so wäre das für die heutige kapitalistische Produktionsordnung ein derart vernichtendes Urteil, daß wir demselben nichts mehr hinzuzufügen brauchen. —

Menschenhandel der Landwirtschaftskammern. Die „Kattowitzer Zeitung" schreibt: „In welch' gewissenloser Weise mit den jetzt wieder in großer Anzahl nach dem Westen strömenden galizischen Landarbeitern umgegangen wird, konnte man gestern auf unsrem Bahnhof beobachten. Ein Trupp von Arbeitern, etwa 60, waren von Myslowitz nach hier gebracht worden und warteten auf den Agenten, welcher sie angeworben hatte. Endlich kam dieser hier gegen 6 Uhr abends mit einem außerfahrplanmäßigen Zuge von Myslowitz an, mit welchem auch die angeworbenen Arbeiter weiter befördert werden sollten. Der Agent, ein Beamter der Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Namens Karl Winkler, stieg aus, wählte sich aus dem Trupp 28 Mann, besorgte Fahrkarten für sie und wollte abdampfen, ohne sich um die übrigen zu kümmern. Die armen Leute standen nun da, aller Geldmittel bar und wußten nicht, was sie anfangen sollten. Es kam zu einer erregten Aussprache zwischen den Beamten und den Arbeitern; als Winkler Miene machte, in das Coupé zu steigen, wurde er gepackt und von den erregten Leuten, nachdem man ihm ziemlich stark mit Schlägen zugesetzt hatte, nach der Polizeiwache gebracht. Leider läßt sich gegen solches gewissenloses Vorgehen nichts machen; man entließ deshalb den Beamten wieder, während die zurückgelassenen 34 Arbeiter in Polizeihaft genommen und heute nachmittag nach Myslowitz zurückbefördert wurden. —"

Ein amutiges Bild, daß in dieser Weise Beamte der staatlichen Landwirtschaftskammern den Menschenhandel betreiben. —

Internationale Polizeifreundschaft. Ueber die Ausweisung der ausländischen polnischen Studenten aus Berlin wird dem Krakauer „Naprzod" geschrieben:

„Die Untersuchung führte der Rat Wienen. Die preußische Polizei war über die persönlichen Verhältnisse und die Vergangenheit eines jeden der Ausgewiesenen vorzüglich unterrichtet. Denn sie hatte eingehende Berichte von der östreichischen Polizei, besonders von der Krakauer, von der sie detaillierte Angaben erhielt. Die Abschriften der Protokolle der Untersuchung hat die preußische Polizei den russischen Gendarmen zur weiteren Benutzung übergeben."

Wenn man das liest, glaubt man, in Metternichschen Zeiten zu leben. Die „heilige Alliance" lebt auf! Wer im oberschlesischen Grenzgebiet der drei Kaiserreiche wohnt, weiß noch manche interessante Einzelheit über die Polizei-Intimitäten von hüben und drüben zu berichten. Es sind bloß die Militärspione, welche internationale Beziehungen pflegen!...—

Ein polnischer Schulprozeß, der sehr interessant werden konnte, ist, wie uns aus Oberschlesien gemeldet wird, niedergeschlagen worden. Wir berichteten kürzlich von dem eingeleiteten Verfahren gegen den früheren verantwortlichen Redacteur der „Gazeta Robotnicza", Genossen Morawski. Das Blatt hatte über den Tod eines polnischen Schulknaben berichtet, der infolge der Züchtigung in der Schule, zu Mamlicz (Kreis Inowrazlaw) erfolgt sein sollte. In dem Artikel unsres polnischen Parteiblattes wurde eine Beleidigung erblickt. Als wir über das Verfahren berichteten, stellten wir die Frage, ob die Behörden den Mut hätten, preußische Schulgepflogenheiten in den polnischen Provinzen vor Gericht — wie im Bromberger Schulprozeß — noch einmal erörtert zu sehen. Die Antwort ist prompt erfolgt: Der Beuthener Staatsanwalt hat jetzt das Verfahren eingestellt.

Dagegen ist gegen den Lehrer ein Verfahren eröffnet worden. Wir sind auf den Abschluß dieses Verfahrens sehr gespannt.

Socialpolitische Debatten in der Altenburger Kammer. Aus Altenburg wird uns berichtet: Nach zehntägiger Arbeit sind unsre Landtags-Abgeordneten wieder zu ihren heimischen Penaten zurückgekehrt. Der vorletzte Tag brachte eine heftige socialpolitische Debatte. Man darf ja von einem Landtag, in dem 25 Konservative neben nur vier Socialdemokraten und einem Freisinnigen sitzen, besonderes socialpolitisches Verständnis nicht voraussetzen, immerhin ist aber die mit fanatischem Haß gegen die socialdemokratische Arbeiterschaft verbundene Rückständigkeit doch einigermaßen auffällig. Nachdem seit einem Jahre für das Herzogtum Sachsen-Altenburg eine Handels- und eine Handwerkerkammer bestehen, hat die Regierung diesmal dem Landtag eine Vorlage unterbreitet betreffend Errichtung einer Landwirtschaftskammer. Charakteristisch für unsre Verhältnisse ist es, daß von den **16 000** Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe nur etwas über **5000** ein Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer haben. Die kleinen Bauern sind damit von ihren Mitbrüdern im Bunde der Landwirte rechtlos gemacht worden und zwar wie man betonte, weil der Kleine erst vom Großen lernen müsse.

Bei dieser Gelegenheit fragten unsre Parteigenossen an, ob und wann die Regierung daran denke, eine Arbeiterkammer zu errichten. Diese Anfrage, die von dem Genossen Käppler begründet wurde, rief sowohl bei der Regierung, als auch bei den bürgerlichen Abgeordneten helle Entrüstung hervor. Vom Regierungstische aus erklärte ein Staatsrat, daß die Gewerbe-Ordnung keine Möglichkeit biete, eine solche Arbeiterkammer zu errichten und daß der Begriff Arbeiter sehr schwer zu umgrenzen sei. Von andrer Seite war man so freundlich, zu behaupten, daß es besondere Arbeiter-Interessen nicht gebe und daß die andren Kammern berufen seien, die Arbeiter-Interessen mit wahrzunehmen.

Der Staatsminister v. Helldorff, selbst Agrarier, faßte seine Ansicht in die Sätze zusammen: Nur durch die entschiedenste Bekämpfung der Socialdemokratie kann das Wohl der Arbeiter gefördert werden. So wünschenswert es sein möge, einen sachverständigen Beirat aus Arbeiterkreisen zu haben, so sei das heute nicht möglich, denn so lange die Arbeiterschaft unter socialdemokratischer Führung steht, sei an ein unparteiisches Urteil in Arbeiterfragen nicht zu denken.

Von unsrer Seite wurde eine derartige, geradezu unglaubliche Erklärung aus dem Munde eines Ministers gebührend beantwortet und das veranlaßte den Minister noch zu erklären, eine Arbeiterkammer habe nur dann einen Sinn, wenn ihr eine Unternehmerkammer entgegenstünde. Der Minister fand damit die Zustimmung des Hauses. Wenn die altenburgische Arbeiterschaft sich von der Socialdemokratie abwendet, wenn sie sich entschließt, vor jeder wirklichen oder eingebildeten Autorität niederzuknien, dann könnte sie vielleicht eine Arbeiterkammer erhalten. Unsre Arbeiterschaft wird nicht verfehlen, bei den nächsten Reichstagswahlen der Regierung die gebührende Antwort zu erteilen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung in Verbindung mit einem Vergehen wider die Sittlichkeit wurde vor der Ulmer Strafkammer der Kaufmann Bäuerle von Rottenacker zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat, wie die „Frankf. Ztg." meldet, in schwer bezechtem Zustande beleidigende Aeußerungen gegen den Kaiser, durch welche zugleich die Sittlichkeit verletzt worden sein soll, in einem politischen Gespräch mit einem Amerikaner gethan. Das Gericht erkannte trotz der schweren Betrunkenheit auf die hohe Strafe, weil es annahm, daß der Angeklagte doch nicht „unzurechnungsfähig" gewesen sei!! Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Ausland.

Frankreich.

Waldeck Rousseau, der wiederhergestellt ist, begab sich zur Wahlgesetzkommission des Senats, um zu erklären, daß, trotzdem er im Princip für die Verlängerung der Legislaturperiode ist, er dennoch darein willigt, daß die Beratung über die Verlängerung von den andern Beschlüssen der Kammer betreffs des Wahlgesetzes abgezweigt wird. Die Senatskommission hat sich bereits mit großer Majorität gegen die Legislaturverlängerung ausgesprochen. —

Preßstimmen über den franko-russischen Ostasien-Vertrag. Die regierungsfeindliche Presse beurteilt das französisch-russische China-Abkommen sehr schwarzseherisch. So schreibt „Eclair": „Der englisch-japanische Vertrag wahrte noch eine Friedensaussicht, jeder der beiden Vertragschließenden brauchte dem andern nur beizustehen, wenn eine dritte Macht eingriff; durch unsre Erklärung vom 19. März haben wir dem Recht entsagt, einfache Zuschauer eines etwaigen Kampfes zu bleiben, wir haben der Welt im voraus angekündigt, daß wir gegebenenfalls die eingreifende dritte Macht sein und noch eine vierte hineinziehen würden, wir treiben vergnügten Herzens dem Kriege zu". Aehnlich äußert sich „Soleil": „Delcassé hat nicht leugnen können, daß der zweite Absatz der Note uns früher oder später zu gemeinsamem Vorgehen verpflichten kann, wir leisten also Rußland bestimmt einen neuen Dienst, welchen Gegendienst leistet uns aber Rußland"? —

Italien.

Gesetz über Frauen- und Kinderarbeit. Die Kammer setzte die Diskussion der einzelnen Artikel des Gesetzes über die Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken fort, und, um vor den Osterferien damit zu Ende zu kommen, wurde am Sonntag eine Plenarsitzung abgehalten. Das Gesetz wurde nach geringen Abänderungen mit 186 gegen 50 Stimmen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Der § 10, der über hygienische Vorschriften in den Fabriken handelt, wurde entsprechend den Vorschlägen der Socialisten abgeändert. Ebenso zeigte die Regierung Entgegenkommen bei § 14, welcher die Strafe festsetzt. —

Politischer Verfolgungswahn. Der klerikale Staatsanwalt von Turin hatte an das Bureau der Kammer das Ersuchen gestellt, zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Morgari wegen Schamverletzung die Zustimmung zu erteilen. Der socialistische Abgeordnete Morgari hatte in seinem Blatte „Sempre avanti" die Gepflogenheiten der Sekte „Angelica" von Alia einer wahrheitsgetreuen Besprechung unterzogen, die wohl eine gerichtliche Verfolgung gerechtfertigt erscheinen läßt, aber nach einer andren Richtung hin, als es der klerikale Herr Staatsanwalt wünschte. Das Bureau hat das Ersuchen abgelehnt und wird der Kammer empfehlen, diesem Beschluß beizutreten. —

England.

Bei der Parlamentswahl in Wakefield an Stelle des ins Oberhaus berufenen liberalen Unionisten Lord Milton wurde der Konservative Brotherton mit 2060 Stimmen gewählt, während der progressistisch-socialistische Gegenkandidat Snowden 1979 Stimmen erhielt. Milton war im Jahre 1900 ohne Gegenkandidaten und im Jahre 1895 mit einer Mehrheit von 699 Stimmen gegenüber dem liberalen Mitbewerber gewählt worden. —

Dänemark.

Die Landesverteidigungs-Kommission. Das Folkething hat am Montag neun Mitglieder für die große parlamentarische Landesverteidigungs-Kommission gewählt. Die Liberalen haben ausgeprägt radikale Männer ihrer Partei gewählt. Der Vertreter der Socialdemokratie in dieser wichtigen Kommission ist K. M. Klausen. Von den aus den beiden Kammern des Reichstags gewählten 18 Mitgliedern der Kommission gehören 9 der liberalen, 5 der konservativen, 2 der moderaten Partei an, einer ist unabhängig-konservativ und einer Socialdemokrat. Nun hat noch die Regierung einen Vorsitzenden und vier nicht stimmberechtigte militärische Mitglieder. —

Rußland.

Die Demonstration der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Die Ernennung Maxim Gorkis zum Ehrenmitglied der Akademie in Petersburg hat in allen Kreisen der russischen Gesellschaft das größte Aufsehen erregt. Unter den augenblicklich obwaltenden Umständen war das eine Manifestation gegen das autokratische System einer der höchsten Körperschaften der gebildeten Welt Rußlands. Es darf nicht vergessen werden, daß Gorki nicht nur offen seine Sympathien für die Bewegung bekundet hat, sondern an ihr auch beteiligt gewesen ist. Er setzte als einer der ersten seinen Namen unter das bekannte Protestschreiben der russischen Schriftsteller und Künstler nach der Metzelei im vorigen Jahre an der Kasan-Kathedrale am 11. März. Den Staatsverbrecher, der noch vor wenigen Monaten in einer der Gefängniszellen in Nischni-Nowgorod eingekerkert war, zum Ehrenbürger der Akademie zu wählen, das war ein Faustschlag ins Gesicht der ganzen Hof- und Gendarmerie-Kamarilla. Während in der ganzen russischen Gesellschaft diese Ehrung ihres Lieblings mit Begeisterung aufgenommen wurde, schrie jene Zeter und Mordio. „Der Triumph Gorkis ist nicht nur sein eigner Triumph, sondern auch der Triumph derjenigen Klasse, als dessen Vertreter er erscheint", — schrieb ein unter Präventivzensur stehendes Blatt. Jedenfalls hatte der Censor nicht begriffen, daß unter dieser Klasse die Arbeiter gemeint sind, aus deren Mitte Gorki bekanntlich entstammt. Ein andres war, versteht sich, das Gesicht der Reptilienpresse. Fürst Meschtscherski, der bekannte Herausgeber des „Graschdanin" schrieb die folgende Jeremiade: „Als ich heute in den Zeitungen die Nachricht von der Ernennung Maxim Gorkis zum Ehrenmitglied der Akademie, d. h. zum Mitglied der kaiserlichen russischen Akademie, las, da wurde es mir dunkel in den Augen. Es schien mir, als ob ich dies im Fieberwahn lese und gar nicht das sehe, was gedruckt ist, sondern nur meine eignen Faseleien. Aber im selbigen Augenblick tritt ins Zimmer einer meiner Bekannten; ganz aufgeregt und atemlos spricht er: „Haben Sie gelesen? Man hat es gewagt, Maxim Gorki zum Akademiker zu ernennen?" Also ist es kein Fieberwahn — wurde es mir unter tiefem Schmerz in der Seele klar. Das ist — Thatsache. Das ist Wahrheit! Mein Gott, schrie mein Bekannter auf, — wohin gehen wir denn? Maxim Gorki — Ehrenmitglied der Akademie! Sie haben sogar die französische Republik übertrumpft!"

Besser kann wohl die Stimmung und das Gekreisch der goldbetreßten Lakaienbrut nicht wiedergegeben werden, wie es hier durch die Feder eines ihrer bekanntesten Vertreter geschieht. Es war gleich klar, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden würden, um die Wahl rückgängig zu machen. Ihr Werk ist auch gelungen, denn die Regierung hat sie ganz einfach für ungültig erklärt. —

Asien.

Die Unruhen in Südchina. Die bei der Eintreibung der Steuern in der Provinz Honan ausgebrochenen Unruhen haben sich, nach einer Pekinger Lassan-Meldung, in den Bezirken Manyang und Tungpo zu offenem Aufruhr entwickelt. Der italienische Bischof telegraphiert aus Pihang, er werde belagert, die Kirche sei niedergebrannt und fünfzehn chinesische Christen seien entweder ermordet oder verbrannt worden; zwei Geistliche hätten sich geflüchtet, einer von ihnen werde vermißt. Die chinesischen Behörden haben ein Edikt erlassen, daß diese Nachrichten bestätigt und zugleich die Bestrafung der Schuldigen ankündigt. Die Beamten in Pihang sollen degradiert, die in Tungpo anderweitig bestraft und die Thäter selbst sollen enthauptet werden. —

Kongreß der französischen Eisenbahner.

Paris, 24. März. (Eig. Ber.).

Der 13. Jahreskongreß der „Landesgewerkschaft der Eisenbahnarbeiter Frankreichs und dessen Kolonien" tagte in der hiesigen Arbeitsbörse vom 20. bis 23. März. Er wurde beschickt von 52 Delegierten, die insgesamt 71 lokale Abteilungen oder Unterabteilungen mit 36 000 Mitgliedern, Angestellten oder Arbeitern, vertraten. Auch die Eisenbahner-Organisation der Insel Korsica war durch einen eignen Delegierten vertreten.

Gelegentlich der Mandatsprüfung wurde beschlossen, daß in Zukunft kein Gewerkschaftsbeamter, der im Lauf des dem Kongreß voraufgehenden Geschäftsjahres in Thätigkeit war, als Delegierter zugelassen werden darf; es soll ihm nur eine beratende Stimme zustehen.

Den Hauptgegenstand der Beratung bildete das Schutzgesetz Berteaux-Rabier-Bourrat, dessen Leidensgeschichte ich seiner Zeit erzählt habe. Von der Deputiertenkammer Ende 1897 votiert, vom Senat verballhornt, von der Kammer 1901 wieder in der ursprünglichen Fassung hergestellt, wurde es neulich von der Senatskommission abermals verballhornt. In der Fassung der Kammer sichert die Reform den Eisenbahnern namentlich den Zehnstundentag, Verbesserung der Alterspensionen, 15 Tage Ferien jährlich für das Zugpersonal usw. Die Regierung hatte bekanntlich in der Kammer die Reform bekämpft. Das hat der Senatskommission ihre arbeiterfeindliche Haltung erleichtert, ungeachtet der von der Kammer votierten Extra-„Einladung" an die Regierung, die Reform im Senat zu verteidigen. Regierung und Senat handelten in Uebereinstimmung mit den Eisenbahngesellschaften, deren Organisation die Kosten der Reform auf über 100 Millionen Frank anschlägt. Die Eisenbahner-Gewerkschaft berechnet hingegen die Mehrkosten auf etwa 20 Millionen Frank.

Man begreift, daß der Kongreß einen Antrag ablehnte, der die Regierung auffordern wollte, mit dem Senat wegen der Reform event. in Konflikt zu treten. Die Aufforderung wäre ja absolut wirkungslos. Dagegen votierte der Kongreß mit allen gegen 11 Stimmen eine Resolution, die den Entwurf der Senatskommission verwirft als „eine vollständige Vernichtung aller Vorteile des von der Kammer votierten und vom Personal sämtlicher Eisenbahnlinien einstimmig geforderten Gesetzes". Ferner wird jeder bestimmte Beschluß vertagt bis zum Senatsvotum; aber im wahrscheinlichen Falle der Ablehnung der Reform durch den Senat wird der Gewerkschaftsvorstand beauftragt, unverzüglich nach dem Votum des Entwurfes der Senatskommission einen neuen Specialkongreß einzuberufen, der die nötigen Beschlüsse fassen soll zwecks Durchsetzung der Forderungen, die der aus dem beschränkten Wahlrecht hervorgegangene Senat den Eisenbahnern verweigert."

Zugleich wurde einstimmig beschlossen, in der Wahlkampagne zur Deputiertenkammer die Kandidaten zu verpflichten, in der Kammer einen Entwurf auf Abschaffung des Senats zu beantragen.

Ein weiterer Beschluß verpflichtet dieselben Kandidaten auf die Hauptforderungen der Gewerkschaft, worunter der Rückkauf der Eisenbahnen durch den Staat.

Eine besondere, von der Gewerkschaft rechtzeitig vor den Wahlen herauszugebende Broschüre soll die beiden letzteren Beschlüsse eingehend auseinandersetzen.

Bezüglich des Beförderungswesens verlangt der Kongreß von den Privatbahnen die Einführung der auf den (in Frankreich sehr beschränkten) Staatsbahnen geltenden Regeln und namentlich die Beseitigung der Vetternwirtschaft in jeder Form.

Weiter bestätigte der Kongreß das Gewerkschaftsprogramm, das auf dem Lyoner Regionalkongreß der Eisenbahner votiert worden war. Hier die wichtigsten Forderungen dieses Programms: Gleicher Lohn für die Angestellten beider Geschlechter, Anfangsgehalt 4½ Fr. im Tagelohn, 130 Fr. im Monatslohn, Lohnerhöhung alle drei Jahre, 2 Fr. Tagelohn und Zehnstundentag für die Bahnwächterinnen, Ersetzung des Tagelohns durch den Monatslohn, zwei Ruhetage monatlich für die Depot-Angestellten, Bezahlung der Ruhetage und der Urlaubszeit, Abschaffung aller Rangherabsetzungen aller und Maßregelungen, die den Lohn vermindern könnten u. a. m.

Der Gewerkschaftsvorstand wurde beauftragt, mit den andren Eisenbahner-Organisationen, die die gleichen Tendenzen wie die „Landesgewerkschaft" aufstellt, sich zu verständigen zwecks Vereinigung in einer Föderation. Ferner erhielt der Vorstand die Ermächtigung, sich auf dem Kongreß verwandter Gewerkschaften vertreten zu lassen und in Zukunft auch dieselben zum Besuch des eignen Kongresses einzuladen.

In Bezug auf die Regionalkongresse (der einzelnen Eisenbahnlinien) wurde beschlossen, daß der von ihnen gewählte Vorstand erst nach Einholung des Gutachtens des Landesvorstandes handeln darf, und zwar stets im Namen der Landesgewerkschaft und unter persönlicher Mitwirkung eines Mitgliedes des Landesvorstandes. Ferner dürfen die Regionalbeiträge nicht ohne Billigung des Landeskongresses geändert werden.

Ein Antrag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge auf 50 Cts. (40 Pf.) monatlich wurde nach lebhafter Diskussion mit 146 gegen 127 Vertretungsstimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt. Endgültig aber soll die Frage durch ein Referendum entschieden werden. Wird dann die Erhöhung votiert, so soll der Preis des Gewerkschaftsorgans von 10 auf 5 Cts. herabgesetzt werden.

Die Schaffung von Arbeitsausschüssen auf jeder Eisenbahnlinie wurde mit allen gegen 2 Stimmen votiert. Sie sollen zur Hälfte aus gewählten Vertretern der Arbeiter und aus Vertretern der Eisenbahn-Verwaltung bestehen. Ihre Kompetenz soll sich erstrecken auf das Pensionswesen, Unfälle, Maßregelungen und dergleichen.

Eine vom Kongreß gewählte Delegation nahm dann Rücksprache mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten über die Arbeiterausschüsse.

Am dritten Sitzungstage berichtete die Finanzkommission über den Budgetvoranschlag für 1902—1903, der in folgender Gestalt votiert wurde: Voraussichtliche Einnahmen: Beiträge neuer Mitglieder 2000 Fr., Beiträge 80 000 Fr., zusammen 82 000 Fr. Ausgaben 78 600 Fr., somit ein Ueberschuß der voraussichtlichen Einnahmen über die Ausgaben in der Höhe von 3400 Fr.

Das Gehalt der Gewerkschaftsbeamten wurde um 1000 Fr. jährlich erhöht. Die volljährigen Beamten sollen vom 1. März 1903 ein Anfangsgehalt von 2100 Fr. beziehen anstatt der bisherigen 1800 Fr. —

Partei-Nachrichten.

Gemeindewahlen. In der Gegend von Magdeburg wurden in den letzten Tagen socialdemokratische Gemeinderats-Mitglieder gewählt in Prester 1, in Legendorf 1, in Biederitz 2, in Lemsdorf 1, in Rothensee 1; in der Gegend von Halle wurde je 1 gewählt in Unterwerschen und Benneckenbeck; in der Gegend von Stettin 2 in Warsow und 1 in Frauendorf.

Totenliste der Partei. In Stötteritz bei Leipzig starb der Cigarrenmacher Friedrich Jacob im Alter von 58 Jahren nach langem Krankenlager. Schon frühzeitig stand der Verstorbene in Reih und Glied der kämpfenden Socialdemokratie, für die er Not und Entbehrungen gar mancher Art durchzukosten hatte. Das Vertrauen der Genossen berief ihn in den Stötteritzer Gemeinderat, unter dem Socialistengesetz versiel er aber gar bald der Ausweisung aus dem Bezirke des kleinen Leipziger Belagerungszustandes. Von sechs, meist noch kleinen Kindern, die mit ihrer Mutter zurückblieben, riß ihn das polizeiliche Machtwort, worauf er eine Zeitlang mit Liebknecht das Exil in Borsdorf teilte. 1889 kehrte er zurück, worauf er mit Gleichgesinnten den Stötteritzer Konsumverein gründete, dessen Vorsitzender er von Anfang an war. Etwa fünf Jahre lang, seit 1895 bis vor wenigen Monaten, war Genosse Jacob auch Mitglied des Agitationskomitees für den 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, in welcher Stellung er die Kassengeschäfte verwaltete. An allen Parteiarbeiten hat der nun Verstorbene, der bis zum letzten Augenblick für die Sache des arbeitenden Volkes begeistert war, lebhaften Anteil genommen. Die Leipziger Socialdemokratie wird den Dahingeschiedenen in dankbarem Andenken halten!

Von der „Hütte", der neugegründeten Jugendzeitschrift, liegt bereits das erste Heft vor. Das gediegen ausgestattete Heft bringt nach einer kurzen Einführung zunächst eine Erzählung „Der Sieg des Schwachen". Eine Redaktionsnotiz giebt Aufschluß über die Bedeutung und Eigenart des Schriftstellers. Dann folgt ein Aufsatz von Heinrich Schulz über die Frage: „Was heißt lesen?" darinnen gezeigt wird, wie man mit Gewinn liest. Curt Grottewitz behandelt in leichtfaßlicher Weise die Entstehung der Erde. Den Lehrling im Wandel der Zeiten schildert Adolf Braun in einem interessanten, dem Verständnis jüngerer Leser angepaßten wirtschaftsgeschichtlichen Aufsatze. Den Altar von Pergamon, der im kürzlich eröffneten Berliner Pergamon-Museum aufgestellt ist, beschreibt John Schikowski. Daran schließt sich ein Artikel über die Berliner elektrische Hochbahn und eine schnurrige Gespenstergeschichte im sächsischen Dialekt von Ferd. Aw. Den Schluß machen kurze politische Notizen, bestimmt, die jungen Leser in geeigneter Weise in das politische Tagesgetriebe einzuführen.

Dem Hefte ist ein schönes Kunstblatt beigegeben August Bebel darstellend, der in einer Besprechung der Jugend als nachahmenswertes Vorbild dargestellt wird.

„Die Hütte" erscheint im Verlage von Herm. Wallfisch-Dresden, Zwingerstr. 22, am 1. und 15. jedes Monats, kostet vierteljährlich 1,50 M., die einzelne Nummer 25 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Post unter Nr. 3596 b, 5. Nachtrag, zu beziehen.

Alle Arbeiter, die in der Lage sind, für gute Lektüre etwas auszugeben, sollten „Die Hütte" abonnieren.

Berichtigung. In der Notiz „Spießbürgerliches" in der gestrigen Nummer hat der Druckfehlerteufel (Mittelspalte, dritte Zeile von unten) aus einem nicht unbeachtlichen ein nicht „unberechtigtes" Hemmnis gemacht. Die Leser wollen das in dieser Weise berichtigen.

Socialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. Im Kreise Chenit im Kanton Waadt ist am letzten Sonntag unser Genosse Aleris Capt mit 379 gegen 368 Stimmen, die auf seinen „radikalen" Gegenkandidaten fielen, in den Kantonsrat (Landtag) gewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **In der „Gazeta Robotnicza"** wurde am Dienstag, den 25. März, nach dem Polnischen Partei-Liederbuch (1901) und den polnischen Agitationsbroschüren „Ojciec Szymon" und „Czy teraz nie ma panszczyzny?" („Vater Simon" und „Haben wir keine Leibeigenschaft mehr?") gehaussucht. Die Beamten fanden eine große Anzahl Liederbücher und etwa 19 Exemplare von „Vater Simon". Die Schriften sollen gegen § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß) verstoßen.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem oberschlesischen Industriebezirk wird der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" geschrieben: Wenn sich auch die einzelnen Nachrichten vom Arbeitsmarkt im oberschlesischen Industriegebiet noch sehr widersprechen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die bisherige Belebung durch Verschlechterung im Bergbau augenblicklich ins Stocken geraten ist. Seit Mitte März treten Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen stärker auf. Die Lohnkürzungen, die übrigens zum größten Teile nicht einmal vorher angekündigt wurden, sind sowohl bei Schicht- wie bei Gedingelohn auffallend groß. Viele, namentlich Unverheiratete, ziehen die Arbeitslosigkeit der Arbeit unter so stark herabgesetztem Lohne vor. Auch bietet sich den Beschäftigungslosen teilweise in andern Betrieben Ersatz für die verlassene Stelle. In der Hüttenindustrie wie im Erzbergbau, vereinzelt auch für einzelne Kohlengruben, werden gegenwärtig Arbeitskräfte gesucht; so für Gruben in der Rybniker Gegend, auf den Erzförderungen bei Tarnowitz, von der Julienhütte; eine Grube im Kreise Tarnowitz sucht einheimische Arbeiter als Ersatz für entlassene und zu entlassende Galizier. Auch die Julienhütte sucht ausdrücklich einheimische Arbeiter. Wenn man das Ergebnis der bisherigen Entlassungen überblickt, so zeigt sich, daß die Gruben- und Hüttenverwaltungen den schlechten Geschäftsgang vorwiegend dazu benutzt haben, weniger leistungsfähige Arbeiter abzustoßen; insbesondere ist das auch im Betriebe der Eisenbahn geschehen. Jüngere, leistungsfähige Arbeiter, die von Entlassungen betroffen wurden, haben meist wieder in ihrer Branche Beschäftigung gefunden. Eine gewisse Bevorzugung genießen noch immer ausländische Arbeiter. Die Italiener, die insbesondere für Gesteinsarbeiten angeworben werden, arbeiten fast überall in sechs- oder achtstündiger Schicht, es sind meist hier angesiedelte verheiratete Leute. Die Hüttenwerke, die Galizier beschäftigen, erlauben diesen vielfach, nach einigen Monaten Arbeit in ihre Heimat zu reisen und nach einigen Wochen Ferien wieder zur Arbeit zurückzukehren. Neuerdings werden auch Ungarn in großer Zahl hier eingeführt, besonders auf Hüttenwerken. Dasselbe Werk, das kürzlich ausdrücklich einheimische Hochofenarbeiter suchte, nachdem es 40 Ungarn entlassen hatte, hat jetzt wieder 200 Ungarn angenommen und einheimische Arbeiter entlassen; ferner ist bekannt geworden, daß die in der Nähe der Dreikaiserecke gelegene Myslowitzgrube ca. 500 Galizier beschäftigt. Auf die Gestaltung der Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse wirkt diese Ausländerverwendung sehr schädlich ein, ebenso in Bezug auf die Art der Behandlung der Arbeiter. Ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern ist ausgeschlossen. Der Galizier ist nichts als Arbeiter; er arbeitet und schläft, um wieder zu arbeiten. Ungünstiger als augenblicklich dürfte sich der Arbeitsmarkt gestalten, wenn die Besserung im Eisengewerbe nachläßt. Der augenblicklich gute Beschäftigungsgrad hängt damit zusammen, daß die Händler noch vor dem 1. April die von alten Abschlüssen rückständigen Auftragsmengen zugestellt erhalten wollen. Auf den einzelnen Werken, wo gegenwärtig Vollbetrieb ist, rechnet man von Mitte April ab auf eine Abschwächung des jetzigen Beschäftigungsgrades. Trifft dann der Niedergang im Bergbau mit einer Stagnation im Eisengewerbe zusammen, so würde auch der oberschlesische Arbeitsmarkt von einer starken Schicht Arbeitsloser gedrückt werden.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Aschinger Bierquelle A.-G. verzeichnet bei ihrem Aktienkapital von 3 Millionen Mark für das Jahr 1901 einen Bruttogewinn von 1 056 859 M. Nach Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 331 567 M. Die Grundstücke der Gesellschaft stehen mit 4 717 705 M. zu Buch. — Die Deutsche Waggonanstalt verteilt eine Dividende von 9 Proz. — Die Farbwerke Mühlheim vorm. Leonhardt schließen mit einem Fehlbetrag von 1 070 797 M. Zur Deckung des Fehlbetrages sollen die Reserven von 690 000 M. herangezogen werden, ferner werden 400 000 M. Aktien vernichtet. — Die Oberbayrische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Miesbach verteilt 16 Proz. Dividende (im Vorjahre 14 Proz.).

Die russische Anleihe, 4 Prozent verzinslich, wird zum Kurse von 97½ Prozent in Berlin bei folgenden Banken aufgelegt: Mendelssohn u. Comp., S. Bleichröder, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berliner Handels-Gesellschaft, Robert Warschauer u. Comp. Wer an unsern Chinaschulden nicht genug hat, kann seine Begeisterung jetzt bei den Russen stillen.

Die amerikanische Eisenindustrie berichtet noch immer über eine glänzende Geschäftslage. Die Ueberhäufung der Eisenwerke mit Aufträgen dauert fort. Die Produktion von Roheisen beträgt gegenwärtig 1½ Millionen Tons monatlich; trotzdem werden noch große Mengen aus dem Auslande eingeführt. Der Stahltrust hat augenblicklich Aufträge auf sechs Millionen Tons Schienen und Baumaterial zu vergeben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Luginowandputzer ist beendet. Am Dienstag hielten dieselben im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, um über den Stand des Streiks den Bericht der Verbandsleitung entgegenzunehmen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kommission mehreremale versucht habe, eine Einigung herbeizuführen, die Verhandlungen hätten jedoch zu keinem Resultat geführt, ihre Forderungen seien abgelehnt; der Kampf müsse nunmehr mit aller Energie weiter geführt werden. Nach stundenlanger Debatte und nachdem sich die Plattensetzer mit den Wandputzern solidarisch erklärt und bereits eine Resolution seitens der Versammlung angenommen war, worin erklärt wurde, daß die Arbeiter ihre Forderungen unter allen Umständen aufrecht erhalten würden, gab der anwesende Bevollmächtigte (Polier) der Unternehmer die Erklärung ab, daß er unter diesen Verhältnissen den Auftrag habe, alle Forderungen der Wandputzer sowohl wie der Plattensetzer zu bewilligen. — Der Vertrag darüber ist gestern abgeschlossen und von beiden Seiten unterzeichnet worden. — Die Arbeiter haben eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf. zu verzeichnen bezw. eine Erhöhung des Wochenlohnes um 5,40 M. erzielt.

Deutsches Reich.

Die Zahl der streikenden Schuhmacher in Kiel ist auf 94 zurückgegangen, da 5 von ihnen Arbeit nachgewiesen werden konnte. Die Unverheirateten sehen sich anderwärts nach Arbeit um. Weitere Bewilligungen stehen in Aussicht.

Die Steinarbeiter in Kiel haben ebenfalls am Montag ihre Kündigung eingereicht. Die Kündigung tritt in Kraft, wenn bis zum 1. April nicht sämtliche Streitigkeiten geschlichtet sind. Die Meister wollen nur mit Schleifern und Steinmetzen gesondert verhandeln, worauf die Arbeitnehmer nicht eingehen.

Das Vorgehen der Polizei gegen das Gewerkschaftskartell in Halle hat nun die dortige Arbeiterschaft zur Massenein berufung von öffentlichen Versammlungen veranlaßt. Am Montag fanden nicht weniger als zwölf solcher Versammlungen statt, in denen natürlich teilweise die überwachende Polizei die Mehrheit bildete. Trotzdem dauerten die „Verhandlungen" bis spät in die Nacht, wenn sich der überwachende Beamte nicht zur Auflösung entschloß, um dem Elend ein Ende zu machen. Die Versammlungsleiter vertagten nämlich die Versammlung um eine Stunde, um sie dann wieder zu eröffnen, und abermals zu vertagen und so fort; alles streng im Rahmen des Vereinsgesetzes. Für Dienstag waren 12 Versammlungen nach denselben Lokalen einberufen. Die Gewerkschaftler in Halle wollen die Polizei durch strenge Gesetzlichkeit zur Gesetzlichkeit erziehen.

Im Töpfergewerbe ist es in Berlin zu einer Einigung gekommen. Der Minimal-Lohntarif, welcher im wesentlichen die alten Lohnbedingungen beibehält, soll vom 1. April 1902 immer auf die Dauer eines weiteren Jahres gelten, sofern nicht sechs Wochen vor Jahresschluß eine Kündigung erfolgt.

Die Textilarbeiter in Krimmitschau haben nach der „Sächs. Arbeiterztg." an den Fabrikantenverein das Ersuchen gestellt, die Mittagspause allgemein auf 1½ Stunden zu bemessen. Auf die Anregung der Textilarbeiter hin arbeitet jetzt der erwähnte Fabrikantenverein einen neuen Lohntarif aus. Falls derselbe den gerechten Wünschen der Arbeiter nicht entgegenkommen sollte, kann es zu ernsten Lohnkämpfen kommen. — Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im übrigen Vogtland ist als beendet anzusehen. Manche Unternehmer sind bereits wieder munter dabei, die Löhne — herabzusetzen. Durch die Lohnbewegung hat jedoch der Textilarbeiterverband allerorts so erheblich an Mitgliedern zugenommen und nimmt noch zu, daß den Fabrikanten bei baldiger geeigneter Zeit etwas andres gelehrt werden wird.

Zur Schneideraussperrung in München. Die Scharfmacher im Schneidergewerbe haben in ihrem Cirkular an das Offiziercorps auch zwei Firmen in Verruf erklärt, weil sie sich nicht an der Aussperrung beteiligten. Dadurch glaubten die Herren die Sympathie der Offiziere zu gewinnen, aber sie haben die Rechnung ohne die Gehilfen gemacht. Denn auch diese haben — wie schon gemeldet — an das Offiziercorps ein Cirkular abgehen lassen, worin die Behauptungen der Arbeitgeber als eine wissentliche Unwahrheit zurückgewiesen und die wahren Gründe der Aussperrung angegeben werden. Mehrere Offiziere haben sich hierauf bei einer der Firmen erkundigt und haben dann, als sie die Behauptungen der Gehilfen bestätigt fanden, dem Firmen-Inhaber erklärt, daß er dadurch, daß er die Gehilfen nicht auch aussperrte, nicht nur nach Recht, sondern auch anständig gehandelt habe. — Daß die Sympathie der Bevölkerung überhaupt auf seiten der Ausgesperrten ist, beweist die Thatsache, daß der Lohnkommission von einem höheren Beamten der Betrag von 200 M. zur Unterstützung der Ausgesperrten übersendet wurde. — Wie bekannt, haben die Unternehmer bei ihrem brutalen Vorgehen keinerlei Unterschied gemacht und auch die Mitglieder des Verbandes der christlichen Schneider ebenso ausgesperrt wie die übrigen. Viele Mitglieder dieses Verbandes waren bei der Firma Julius Braun in Arbeit. Gestern wurde nun Herr Braun beobachtet, wie er eigenhändig ein Pack zugeschnittene Arbeit zum Centralbahnhof schleppte. Dort wurde ihm die Arbeit von einer Kloster-Nonne abgenommen. Die Nonne bestieg mit der Arbeit einen Eisenbahnzug, nachdem sie Herr Braun für den andren Tag an die gleiche Stelle bestellte. Die angestellten Recherchen ergaben, daß die Nonne nach Haspelmoor fuhr. In Haspelmoor befindet sich eine Kretinenanstalt, die unter Leitung und Aufsicht von Ordensfrauen steht. Daher ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese armen Kretinen, so weit sie arbeitsfähig sind, dem christlichen Unternehmer unbewußt Streikbrecherdienste leisten müssen und ihm dabei die christlichen Mitschwestern im Herrn Handlangerdienste leisten. Das ist übrigens eine feine Illustration unsres modernen Christentums, wenn sich Klosterfrauen herbeilassen, an der Seite des profitgierigen Unternehmertums die Gehilfen mit aushungern zu helfen.

Was den Stand der Aussperrung anbelangt, so hat sich die Zahl der Ausgesperrten auf 308 reduziert, da einige Unternehmer die Tarife unterzeichneten und sehr viele Ledige abgereist sind. Eine überaus stark besuchte Schneiderversammlung hat gestern, Mittwoch, beschlossen, über die Erzeugnisse der Kleiderfabrik von Isidor Bach sowohl in München, als auch den Engros-Verkauf in ganz Deutschland den Boykott zu verhängen.

Zum Glasarbeiterstreik in Fürth wird berichtet, daß die Pönnische Fabrik über Nacht zwölf Arbeitswillige aus Böhmen eingeschmuggelt habe. — Ob diese Rausreißer die Fabrik retten werden?

Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan. In Greiz wimmeln sich die Unternehmer die „Arbeitswilligen" allmählich wieder ab, wie das ja erfahrungsgemäß mit den sich nicht durch besondere Leistungen auszeichnenden Streikbrechern nach jedem Streik geschieht. — In der Färberei von Schleber, wo die Rahmer u. a. auch wegen anständiger Behandlung streikten, nimmt sich niemand derjenigen an, welche seiner Zeit diese Forderung nicht unterstützten, wenn ihnen von seiten ihrer Vorgesetzten Maulschellen angeboten werden. Den Arbeitern kann man solch Verhalten nicht verdenken, und bei den Unternehmern sind die Leute jetzt eben nicht mehr „die besonders nützlichen Elemente".

Ausland.

Der Streik der Herrenschneider in Zürich dauert fort, während die Damenschneider nach kurzem Streik infolge der Vermittelung des Einigungsamtes einen vollen Erfolg erzielten. — Auch in Frauenfeld stehen die Schneider im Streik.

Die Bäckeraussperrung in Göteborg. Die Bäckereibesitzer haben am Sonnabend in einer Versammlung gegen den von der Arbeiterkommune eröffneten Boykott der, unter Beihilfe ausländischer Arbeitskräfte hergestellten Backwaren protestiert und den Wunsch ausgesprochen, daß die Arbeiter die Verhandlungen wieder aufnehmen, aber auf Grundlage der von den Meistern gemachten Vorschläge. Ein Teil der Ausgesperrten hat bereits eine eigne Bäckerei eröffnet. Wie „Ny Tid" mitteilt, werden andre in nächster Zeit diesem Beispiel folgen. —

Die Bediensteten der venetianischen Eisenbahnen drohen, in einen allgemeinen Streik einzutreten, falls das versprochene organisatorische Statut nicht eingeführt wird.

Sociales.

Socialistischer Schulantrag. Der Gemeinderat in Straßburg i. E. hatte sich am Montag mit dem von seinen socialistischen Mitgliedern Böhle und Brzoftowicz eingebrachten Antrag auf unentgeltliche Lieferung der Lehr- und Lernmittel an den Elementarschulen zu beschäftigen. Obwohl die Angelegenheit bei den letzten Gemeindewahlen in den Programmen der bürgerlichen Parteien als Köder für Arbeiterstimmen eine große Rolle gespielt hatte, ging der Gemeinderat jetzt der Entscheidung dadurch vorsichtig aus dem Wege, daß er mit 15 gegen 13 Stimmen beschloß, die Sache bis zur nächsten Budgetberatung, das heißt bis nach den Erneuerungswahlen zum Gemeinderat, zu vertagen. Von amtlicher Seite wurde bei der Beratung festgestellt, daß der bei Durchführung des Antrages der Gemeinde erwachsende Mehraufwand sich — bei einem Budget von rund 10 Millionen — auf nur etwa 35 000 M. belaufen würde.

Produktionsertrag, Lohn und Gewinn.

Nach dem Census für 1900 gab es im Jahre 1900 in Groß-New York 39 777 Betriebe mit zusammen 462 799 Arbeitern. Bei einem Gesamtkapital von 922 125 581 Dollar wurden Produkte im Werte von 1 371 398 468 Dollar erzeugt. Davon erhielten die Arbeiter 245 031 181 Dollar Lohn, die Unternehmer nahmen 254 073 907 Dollar für sich, das übrige entfällt auf Rohstoffe und sonstige Betriebskosten.

Daraus geht hervor, daß die Lohnsumme nur knapp 18 Proz. des Produktionswertes betrug, daß die Arbeiter durchschnittlich 530 Dollars oder ca. 2200 Mark Lohn erhielten, daß der Unternehmer-Gewinn noch höher ist wie die Lohnsumme, und daß er über 26 Proz. des angelegten Kapitals beträgt.

Daran zeigt sich die hohe Entwickelung der amerikanischen Industrie. Trotz einem Lohndurchschnitt, der weit über dem deutschen steht, ist doch der Lohnanteil an dem Produktionswerte sehr gering, trotz hoher Löhne aber doch außerordentlich hoher Unternehmergewinn. Ein Beweis, daß bei hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit die Industrie nicht nur nicht zu Grunde geht, sondern weit besser gedeiht, wie bei schlechten Löhnen und langer Arbeitszeit.

Aus der Frauenbewegung.

Das Vereinsrecht der „Frauenspersonen".

Die letzte Versammlung des Socialdemokratischen Vereins in Magdeburg war aufgelöst worden, weil Frauen als Zuhörerinnen anwesend waren, obwohl man eine besondre Abteilung für sie, wie Herr v. Hammerstein gewünscht, reserviert hatte. Auf die dagegen erhobene Beschwerde wurde folgender Bescheid erteilt:

Magdeburg, den 20. März 1902.

Bescheid auf das Gesuch vom 19. März 1902.

Ihre Beschwerde über die Auflösung der Versammlung des Socialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend, welche am 8. März 1902 in der Wirtschaft „Dreikaiserbund" stattgefunden hat, ist unbegründet, weil dieser Versammlung eines politischen Vereins Frauenspersonen beigewohnt haben, und diese auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt worden sind (§ 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850).

Der Polizeipräsident.
Keßler.

Nur agrarische „Weibsbilder" dürfen an Versammlungen politischer Vereine teilnehmen.

Die Frauen-Vereinigung der Norwegischen Arbeiterpartei (Socialdemokratie) hat im Herbst vorigen Jahres eine Bildungsschule eröffnet, die hauptsächlich den Zweck verfolgt, Rednerinnen für die Arbeiterbewegung und vor allem auch für die Agitation unter den Frauen auszubilden. Um ein einheitliches Material für den Unterricht zu gewinnen, wurde die Gesellschaftslehre als grundlegendes Fach eingeführt. Die Resultate, die in dem ersten Halbjahr des Bestehens der Schule erzielt wurden, berechtigen zu größeren Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung des Instituts.

Dieselbe Frauen-Vereinigung hat vor einiger Zeit an die Schulverwaltung Christianias das Gesuch gerichtet, den 1. Mai als Feiertag für die Kinder der Volksschulen einzuführen, wurde aber damit abgewiesen.

Der Niederländische „Nationale Frauenrat" wird am 2. und 3. April zu Rotterdam seinen dritten allgemeinen Kongreß abhalten. Dem „Frauenrat" gehören 32 Organisationen an.

Zu den Gemeindewahlen.

Friedrichsfelde. Bei der gestrigen Stichwahl stiegen die socialdemokratischen Stimmen von 327 beziehentlich 322 auf 404 Stimmen. Trotzdem unterlagen unsre Genossen, weil die Zahl der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen von 325 auf 433 Stimmen angewachsen war. Die Bürgerlichen nutzten ihre wirtschaftliche Uebermacht in der ausgedehntesten Weise aus: von den für sie Stimmenden hätten bei geheimer Wahl sicher die Hälfte für unsere Kandidaten gestimmt. Kremser und Automobile wurden von den Gegnern lebhaft in Bewegung gesetzt, um säumige Wähler heranzuholen. Der starke Stimmenzuwachs unsrer Genossen ist erfreulich. Hoffentlich fällt das nächste Mal den Socialdemokraten der Sieg zu. Die Wahlen werden wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten angefochten werden, die Wahlbeteiligung betrug 60 Prozent.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am ersten Osterfeiertage veranstaltet der Schäfersche Gesang- und Musikverein der „Elfer" ein Konzert in der Neuen Philharmonie (Keller), Köpnickerstr. 97; ferner am 31. März (zweiten Osterfeiertag) morgens 10 Uhr, der Männergesangverein „Einigkeit" in den Victoria-Sälen, Leipzigerstr. 136, eine Morgensprache (Frühschoppen), und abends der Männergesangverein „Modestia II" ein Konzert in der Old-Fellow-Loge, Alte Jakobstr. 128. Wo Einladungen an die Parteigenossen von diesen Vereinen ergehen, weise man dieselben zurück, da diese Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen.

Die Lokalkommission.

Grünau. Die Parteigenossen Berlins und der Vororte wollen an den bevorstehenden Festtagen bei etwaigen Ausflügen, welche unsren Ort berühren, beachten, daß nur das Lokal von Gerke, Köpenickerstr. 88, zu berücksichtigen ist. Das Lokal von Lindenhahn ist gesperrt.

Sociale Rechtspflege.

Gegen den Freiherrn v. Wolzogen als den Inhaber des „Bunten Theaters" klagten beim Gewerbegericht zwei Arbeiter auf Gewährung von Lohnentschädigungen wegen unberechtigter Entlassung. Der Vertreter des Beklagten, Baron v. Küttner, wandte vor der Kammer VI Kündigungsausschluß ein. Es wurde folgendes festgestellt: Die Kläger hatten früher in einer Werkstatt in der Görlitzerstraße für das Bunte Theater gearbeitet, ohne indessen bei Wolzogen in Beschäftigung zu stehen. Damals war mit ihnen die gesetzliche Kündigungsfrist schriftlich ausgeschlossen worden. Später wurden sie direkt in die Theater-Werkstatt übernommen; ein Kündigungsausschluß erfolgte diesmal nicht, indessen will der Theatermeister jenes alte Schriftstück, die Kündigung betreffend, dem Direktor v. W. ausgehändigt haben. Bei Wolzogen erhielten die Leute zuerst Stundenlohn, dann Monatslohn. Die Kammer VI unter dem Vorsitz des Gewerberichters Wölbling nahm an, daß der frühere Kündigungs-Ausschluß für das Arbeitsverhältnis zu Herrn v. Wolzogen nicht gelte, und verurteilte den Beklagten, den Klägern die Entschädigungen zu zahlen.

Ein Schnürmeister, der ebenfalls gegen Wolzogen auf Lohnentschädigung geklagt hatte, sollte nach den Behauptungen des Vertreters des Beklagten mehrmals betrunken gewesen sein und dadurch berechtigten Anlaß zur Entlassung gegeben haben. Die Zeugen bekundeten, daß der Kläger trotz leichter Angetrunkenheit stets seine Arbeit gemacht habe. Daraufhin wurde Herr v. Wolzogen verurteilt, auch diesem Kläger eine Lohnentschädigung zu gewähren. Ein gesetzlicher Entlassungsgrund würde hier nur vorliegen, wenn der Kläger unfähig gewesen wäre, die Arbeit fortzusetzen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen eines Messer-Attentats auf einen Schutzmann hatte sich gestern der 28jährige Schlächterkutscher Gustav Frobel, ein bekannter Gewaltsmensch, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hat in der Nacht zum 25. Januar vor dem Asyl für Obdachlose einen groben Exceß verübt, bei welchem er den Schutzmann Linke durch einen Messerstich verwundete und selbst durch einen Säbelhieb erheblich verwundet worden ist. In der genannten Nacht gegen 1 Uhr erschien der Angeklagte vor dem Asyl und begehrte vergeblich Aufnahme. Er wandte sich dann an den diensthabenden Schutzmann Linke und forderte von diesem kategorisch, daß er ihm Einlaß verschaffe. Da dies um diese Zeit nicht mehr möglich war, wurde er von dem Schutzmann weggewiesen, leistete dem Gebote aber keine Folge, sondern legte sich quer vor die Eingangsthüre. Der Beamte versuchte wiederholt, ihn zum Weggehen zu bewegen, und als alles Zureden nichts half, sah er sich genötigt, schroffer vorzugehen. Er brachte den widerspenstigen Menschen auf die Beine und schob ihn vor sich her. Plötzlich drehte sich der Angeklagte um und stieß dem Schutzmann die Klinge eines Messers in den Hals. Der hochgeklappte Paletotkragen des Beamten hat glücklicherweise größeres Unheil verhütet, da die Wucht des Stoßes dadurch bedeutend abgeschwächt wurde. Der Kragen wurde glatt durchschnitten, die scharfe Wunde, die der Schutzmann am Halse erhielt, hatte sofort großen Blutverlust zur Folge, war aber ungefährlich. Er wollte eben nach seinem Säbel greifen, als der Angeklagte nochmals mit dem Messer auf ihn los kam. Nun zog der Beamte blank und versetzte damit dem Angeklagten einen scharfen Hieb über den Schädel. An eine Verfolgung des Excedenten konnte er nicht denken, da er seine eigne stark blutende Wunde verbinden mußte. Der Angeklagte suchte die nächste Unfallstation auf und mußte von dort nach der Charité befördert werden, da er eine klaffende Schädelwunde mit Knochenzersplitterung erhalten hatte. Auf Grund der sofort an alle Unfallstationen und Rettungswachen gegebenen Benachrichtigung ist er dann in der Charité als der Messerstecher ermittelt worden. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis, wobei lediglich der Umstand als Milderungsgrund herangezogen wurde, daß der Angeklagte durch die Maßnahmen des Schutzmannes gereizt sein mochte.

Die Betriebsordnung für die Hauptteisenbahnen Deutschlands sollte die Witwe Rüdiger durch Hausieren in einem Eisenbahnwagen IV. Klasse übertreten haben. Frau Dietrich hatte zwei Körbe mit Leinenwaren bei sich und zeigte auf Verlangen eines Mitreisenden diesem ein Taschentuch und eine Kinderschürze, welche Gegenstände ihr der Mann dann abkaufte. Frau D. wurde in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie die Bestimmung der Betriebsordnung übertreten habe, welche das Hausieren in der Bahn verbietet. — Die Angeklagte legte Revision ein. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel an und betonte, daß die Rechtsgültigkeit der Betriebsordnung für die Hauptteisenbahnen Deutschlands nicht bedenkenfrei feststehen. Sie bezeichne sich als Polizeiverordnung, ein Polizeiverordnungsrecht stände aber der Betriebsinspektion der Eisenbahnen gar nicht zu. Höchstens könnte sie eine polizeiliche Anordnung erlassen. Wäre die Betriebsordnung eine solche, dann müßten, um sie verbindlich zu machen, Abdrucke davon an bestimmten Stellen der Bahnhöfe ausgehängt werden. Ob dies geschehen sei, stehe nicht fest und müsse eventuell nachgeprüft werden. — Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und sprach die Angeklagten mit folgender Begründung frei: Die Rechtsgültigkeit der Betriebsordnung könne dahingestellt bleiben, denn ein Hausierhandel sei hier überhaupt nicht anzunehmen. Die Angeklagte habe das Taschentuch und die Kinderschürze nur nach vorheriger Aufforderung eines Mitreisenden an diesen verkauft, nicht aber selber andren Waren zum Kauf angeboten, was notwendig zum Begriff des Hausierhandels gehöre. Schon deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

Versammlungen.

Nachklänge vom 18. März. Ueber dieses Thema sprach Stadtverordneter Adolf Hoffmann am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung, die im Lokale „Urania", Wrangelstraße, tagte. Anknüpfend an den sogenannten Befreiungskrieg und an die Enttäuschungen, die darauf folgten, gab der Vortragende eine allgemeine und umfassende Uebersicht über den Freiheitskampf des Volkes und über die reaktionären Strömungen und das traurige Verhalten des Bürgertums, das sich unfähig erwies, der errungenen Freiheit ein dauerndes Fundament zu schaffen, so daß die Rechte und Freiheiten, die die Verfassung gewährte, zum großen Teil durch zahlreiche Gesetzesparagraphen wieder vernichtet wurden. Die Ideen der Kämpfer vom 18. März leben fort. Unsre Aufgabe ist es, das Testament der Toten im Friedrichshain zu vollstrecken. Aber nicht durch Anwendung von Gewalt strebt die Socialdemokratie nach diesem Ziele, das würde nur den Wünschen ihrer Gegner entsprechen. Gerade ihr gesetzgemäßes Vorgehen ist es, was sie unüberwindlich macht. Mit der Aufforderung zu unablässiger Agitation und Aufklärungsarbeit schließt der Redner seine von treffenden satirischen Seitenhieben durchsetzten Ausführungen, die lebhaften Beifall hervorriefen. — Der Vorsitzende machte zum Schluß noch darauf aufmerksam, daß über 14 Tage wiederum im vierten Wahlkreise eine öffentliche Versammlung stattfindet.

Eine Versammlung des Centralverbandes der Maurer, die am Freitag im Gewerkschaftshaus stattfand, beschäftigte sich mit den schwebenden Verhandlungen der Maurerorganisation mit dem Bund der Maurerpoliere Berlins. Nachdem eine Sitzung der Gesellenvertreter mit den Polieren stattgefunden und eine Generalversammlung des „Polierbundes" dem vorgelegten Entwurf eines Vertrages ihre Zustimmung gegeben hatte, beschloß die Verbandsversammlung, nachfolgendem Vertrage beizutreten: 1. Der „Bund der Maurerpoliere" gilt für seine Mitglieder, so weit sie als Poliere thätig sind, als maßgebende Organisation.

Arbeitet ein Mitglied des Bundes als Geselle, so soll er nicht gehalten sein, in den ersten 13 Wochen Beiträge an die Gesellenorganisationen zu liefern resp. Mitglied derselben zu werden.

Nach Ablauf von 13 Wochen muß er sich jedoch der Gesellenorganisation anschließen. Zwecks Kontrolle seiner Thätigkeit als Geselle hat sich das betreffende Bundesmitglied bei Antritt seiner Arbeit in einem der beiden Bureaus der Gesellenorganisationen das Datum des Arbeitsantrittes bescheinigen zu lassen. 2. Es wird eine Kommission eingesetzt, welche Differenzen zwischen Maurerpolieren und Gesellen zu schlichten hat. Dieselbe besteht aus 8 Mitgliedern, von welchen 4 Mitglieder vom Polier-Bund und je 2 Mitglieder von dem Zweigverein Berlin des Maurerverbandes und von dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend zu wählen sind. 3. Die Mitglieder des Bundes verpflichten sich, wenn sie als Polier thätig sind, nach ihren Kräften weder Accordmaurer, noch solche Gesellen zu beschäftigen, welche sich den Forderungen der organisierten Gesellen entgegenstellen. 4. Das bestehende Vertragsverhältnis zwischen dem „Verband der Baugeschäfte" und dem „Centralverband der Maurer" wird als maßgebend betrachtet und verpflichten sich die Poliere, für die strikte Durchführung der Vertragsbestimmungen Sorge zu tragen. 5. Bei Streitigkeiten, welche sich aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zwischen Gesellen und Arbeitgebern ergeben, verhalten sich die Poliere neutral, d. h. sie enthalten sich jeder Parteinahme für die Arbeitgeber sowohl als für die Arbeitnehmer. 6. Das Baudeputierten-System wird von den Polieren anerkannt, und verpflichten sich die Poliere, Entlassungen wegen Agitation, Vorstelligwerden wegen Abstellung von Mißständen sowie dem Innehalten der errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht stattfinden zu lassen. Zu Baudeputierten sind nur erfahrene und tüchtige Gesellen zu wählen. 7. Bei eventuellen Streiks und Bausperren darf kein Polier Maurerarbeiten ausführen, noch sonst dazu beitragen, die Arbeiterforderungen illusorisch zu machen. 8. Als Gesellen arbeitende Bundesmitglieder haben sich mit Ausnahme der in § 1 geregelten Angelegenheit den Beschlüssen der Gesellenorganisationen resp. den maßgebenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterordnen. 9. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. April 1903. Wird dieselbe nicht vier Wochen vor Ablauf derselben gekündigt, so verlängert sich die Gültigkeit jedesmal um ein weiteres Jahr. — Die Versammlung ermächtigte den Vorstand, zu der geplanten Kommission zwei Mitglieder zu stellen. Unter Verschiedenem wurde das Verbandsbuch des Maurers Aug. Voigt, Müllerstraße 7a, für ungültig erklärt, da er es verstanden hatte, durch falsche Angaben seine Mitgliedschaft zu erreichen. Derselbe war vor Jahren Mitglied und hat bis vor kurzem auf Accord gearbeitet.

Die Bürsten- und Pinselmacher beschäftigten sich in ihrer Versammlung vom 22. März eingehend mit der Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Nach längerer Diskussion wurde die Kommission beauftragt, gemeinsam mit dem Gesellenausschuß der Innung einen Antrag auf Verschmelzung des Arbeitsnachweises mit dem des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes" zu unterbreiten. Ferner sollen die Kollegen das Umschauen in den Werkstätten unterlassen und nur den Arbeitsnachweis Engelufer 15 benutzen. Nach einer Diskussion über den Extrabeitrag von 50 Pf. ersuchte der Obmann alle Verbandskollegen, denselben zu entrichten, denn was den Tischlern passiert ist, kann auch den Bürstenmachern passieren.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin) hielt am 21. März seine Mitgliederversammlung bei Albrecht, Admiralstr. 180 ab. Die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Mitglieder Garbe und Ringeisen in der üblichen Weise. Scheffler hielt einen Vortrag über die Bedeutung des 18. März. Zeiske gab dann einen längeren Bericht über seine Thätigkeit als Gewerkschaftsdelegierter. Nachdem noch einige Anträge aus der Mitte der Versammlung erledigt waren, wurde die Beschlußfassung über den Kontrakt mit dem Wirt des neuen Verkehrslokals An der Stadtbahn 30, I, Amt III, Nr. 1813, bis zur nächsten Versammlung vertagt und die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Der Berliner Konsumverein hielt am Sonntag, den 23. März, im Gewerkschaftshause seine erste Delegierten- (Genossenschaftsrats-) Versammlung ab. Wegen Inkrafttretens des neuen Statuts mußte die Verwaltung neu gewählt sowie die Neueinrichtung des Genossenschaftsrats-Bureaus vollzogen werden. Alle Anträge, über welche die Delegiertenversammlung zu beschließen hat, sind an dieses Bureau zu senden. In das Bureau wurden Oehlking, Rehbein, Ritschke, Köther und Lewin gewählt. Nach der Wahl des aus 31 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrats wählte dieser seinen Vorstand, bestehend aus: Wilh. Lamm (Vorsitzender), M. Steinschneider (Schriftführer), K. Münnich (Rendant), Lindner und Dahlstein (Beisitzer). Der Verein wächst ständig; die Umsätze im laufenden Geschäftsjahre waren folgende: November 34 896 M., Dezember 39 303 M., Januar 41 505 M., Februar 41 720 M.

Rixdorf. Der Holzarbeiter-Verband beschäftigte sich in einer Versammlung am 19. März mit den von den Unternehmern geplanten Entlassungsscheinen und deren Arbeitsnachweis. Es sind am Orte 20 Arbeitslose zu verzeichnen. Wegen der von einzelnen Mitgliedern nicht pünktlichen Zahlung der wöchentlichen 50 Pfennig-Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen wurde beschlossen, den nicht Zahlenden die restierenden Beiträge bei späteren Unterstützungsansprüchen abzuziehen. Wegen der sich neukonstituierenden Zwangs-Tischlerinnung zu Britz soll dortselbst in kürzester Zeit eine Bewegung hervorgerufen werden, um den Gesellenausschuß in die Hände des Verbandes zu bringen. Zur Feier des 1. Mai waren die Versammelten sich einig, in unverminderter Zahl die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen, und möglichst in größerem Maße sich an der Feier zu beteiligen, ganz gleich, ob die Unternehmer mit Aussperrung antworten oder nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Cecil Rhodes.

Kapstadt, 26. März. (W. T. B.) Cecil Rhodes ist heute nachmittag 5 Uhr 57 Min. **gestorben.**

Rhodes bekleidete eine großartige Stellung in Süd-Afrika. Er war Premierminister der Kapkolonie. Als Direktor der britischen südafrikanischen Gesellschaft, der De Beers-Gruben und der Goldfelder von Südafrika überwachte Rhodes eine große Interessenkombination. Als solcher organisierte und unterstützte er seiner Zeit den bekannten bewaffneten Einfall Jamesons in die südafrikanische Republik.

Bremerhaven, 26. März. (W. T. B.) Mit dem Lloyddampfer „Dresden" traf heute **Terlinden,** begleitet von amerikanischen Polizisten, ein und wurde nach Duisburg weitergeführt.

Frankfurt a. M., 26. März. (W. H.) Die „Frankf. Ztg." berichtet aus **New York:** Die Auslieferung Herrles, welcher der Veruntreuung beim Vorschußverein in Landshut beschuldigt wird, ist angeordnet worden.

Aus **Konstantinopel** wird der „Frankfurter Zeitung" depeschiert: Deutschland ist bisher auf Kreta nur durch ein Wahlkonsulat vertreten. Am 1. April wird dort ein Berufskonsulat eingerichtet; die Geschäfte desselben sind dem Konsul von Persen übertragen worden.

Sofia, 26. März. (Meldung des Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Es verlautet, die Reise Danews nach Petersburg bezwecke, den maßgebenden Personen über die finanzielle und politische Lage Bulgariens mündlich zu berichten.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Lokales.

Die Zunahme des Gasverbrauchs infolge der Einführung von Automaten ist überraschend stark. Er ist in der Zeit von Mitte September bis Mitte Dezember v. J. gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1900 um nicht weniger als 639 Proz. gestiegen, d. h. von 10 600 Kubikmeter auf über 78 000 Kubikmeter. Diese Zunahme würde noch bedeutender sein, wenn es der Verwaltung möglich wäre, alle vorliegenden Anträge auf sofortige Einrichtung von Gasautomaten gleich zu erledigen. Die Gesamt-Gasabgabe betrug in den Monaten von Mitte September bis Mitte Dezember 1901 rund 45¼ Millionen Kubikmeter, oder 7 Proz. mehr als im Jahre vorher. Die Gaserzeugung in den städtischen Werken im letzten Vierteljahr Oktober/Dezember 1901 ist um 9,3 Proz., d. h. um 4 633 000 Kubikmeter auf 54 550 000 Kubikmeter gestiegen. Im Jahre 1900 wurden rund 50 Millionen Kubikmeter im letzten Vierteljahre produziert.

Die Einführung der neuen Postmarken soll nun doch nicht so schroff vor sich gehen, wie es anfangs verkündet wurde. Die Postbehörde ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Neue Postwertzeichen mit der Inschrift „Deutsches Reich" werden für das Reichs-Postgebiet und für Württemberg vom 1. April ab eingeführt. Die bisher im Reichs-Postgebiete gültigen Postwertzeichen mit der Inschrift „Reichspost" werden mit Ende März 1902 außer Kurs gesetzt. Nach der in den Schalterräumen der Postanstalten angebrachten Bekanntmachung sollen die neuen Postwertzeichen, mit deren Verkaufe bereits begonnen worden ist, nicht vor dem 1. April, und die alten Postwertzeichen nicht mehr nach dem 31. März zur Frankierung verwendet werden. Die durch das Postamtsblatt vom 12. März getroffenen Durchführungs-Vorschriften lauten dahin, daß die am 1. April den Briefkasten entnommenen, mit alten Postwertzeichen frankierten Sendungen ohne Nachtaxe zur Absendung kommen. Auch sonst sollen die Postanstalten Sendungen mit unrichtigen Postwertzeichen bis auf weiteres nicht in der Beförderung aufhalten und mit Nachtaxe belegen. Immerhin liegt es im Interesse des Publikums, stets die richtigen Postwertzeichen zu benutzen, und nicht mehr zu große Einkäufe alter Freimarken, Postkarten usw. zu machen. Die unverwendet bleibenden alten Postwertzeichen werden bis Ende Juni d. J. an den Postschaltern und bei den Landbriefträgern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht.

Zählung der Hausgewerbetreibenden. Die Gewerbedeputation des Magistrats erläßt folgende Bekanntmachung: Um im allgemeinen Interesse die Schwankungen in dem Umfange der hiesigen gewerblichen Arbeitsgelegenheiten fortgesetzt zu beobachten, findet diesseits nach Angaben aller hierorts bestehenden Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen allmonatlich eine Auszählung der Pflichtmitglieder derselben statt. Nach Einführung des Versicherungszwanges für die hiesigen selbständigen Hausgewerbetreibenden vom 1. Januar laufenden Jahres ab ist es in hohem Maße wünschenswert, die Beschäftigungsverhältnisse der Hausgewerbetreibenden im weiteren Sinne, also einschließlich der unselbständigen Heimarbeiter, im Rahmen der bisherigen Feststellungen einer besonderen Beobachtung zu unterziehen. Diesem Unternehmen steht zur Zeit aber ein Hindernis insofern im Wege, als die hiesigen Arbeitgeber bisher die fraglichen Personen bei der Anmeldung zu den Kassen als „Hausgewerbetreibende" bezw. „Heimarbeiter" meist nicht bezeichnet haben. Um dem abzuhelfen, richten wir hiermit an alle Arbeitgeber Berlins die dringende Aufforderung, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter fortan in den Anmeldungen zur Krankenversicherung stets als Beschäftigte dieser Art kenntlich zu machen. Für die einzelnen Arbeitgeber stellt dies eine geringe Mühewaltung dar, während die Erlangung einer Uebersicht über den jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes hinsichtlich der Hausgewerbe-Betriebe für die Allgemeinheit der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer von großer Bedeutung ist. Wir hoffen deshalb, daß die beteiligten Arbeitgeber dieser gemeinnützigen Zwecken dienenden Aufforderung gern und dauernd entsprechen werden.

Weil er im städtischen Obdach Schriften verbreitet hat, welche gegen das Strafgesetzbuch verstoßen sollen und zumeist anarchistischen Inhalts sind, wird sich am 3. April der Schlosser Böhme vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten haben. Böhme ist angeklagt, auf der Krankenstation des Obdachs die Druckschriften „An die jungen Leute" vom Fürsten Krapotkin, „Der kommunistische Anarchismus" von Most, sowie das bekannte, dem Anarchismus fernstehende Gedicht „Ein neues Wintermärchen" verbreitet und damit zum Klassenhaß angereizt zu haben. Die Schrift „Ein neues Wintermärchen" ist seiner Zeit wegen Beleidigung des Kaisers Wilhelm I. rechtskräftig beschlagnahmt worden. Die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Victor Fränkl übernommen.

Straßenverbreiterungen. Ein bekannter Unternehmer hat dem Magistrat den Plan einer Verbreiterung der Rohstraße auf der Nordseite von der Breitenstraße bis zur Rohstraßenbrücke unterbreitet. Die Tiefbau-Deputation hat in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtrats Voigt beschlossen, den Plan dem Magistrat zur Annahme zu empfehlen und unter bestimmten Voraussetzungen den verlangten Zuschuß von etwa 1½ Millionen Mark zu bewilligen. Ferner wurde von der Deputation beschlossen, dem Magistrat zur Verbreiterung der Alexanderstraße den Erwerb der alten Alexander-Kaserne mit den andren erforderlichen Grundstücken vorzuschlagen. Die Kosten sind auf eine Million Mark veranschlagt. Die Deputation befaßte sich außerdem noch mit dem Landerwerb für den Bau der Manteuffel-Brücke, doch unterliegen diese Beschlüsse noch sämtlich der Genehmigung des Magistrats. Dieser Brückenbau dürfte einer der teuersten Berlins werden, selbst dann, wenn die Eigentümer der zu erwerbenden Flächen ihre Forderungen noch weiter ermäßigen.

Die Arbeitslosigkeit und die Polizei. Wir haben kürzlich an der Hand der von der Gewerkschaftskommission aufgenommenen Statistik gezeigt, welche Verheerungen die gegenwärtige Krise auf dem Arbeitsmarkte angerichtet hat. An diesen Nachweis hatten wir die Forderung geknüpft, daß Kommune, Staat und Reich ihren socialen Pflichten nachkommen möchten. Leugnete man an diesen Stellen zwar einen außergewöhnlichen Notstand, so fehlte es doch nicht an Versprechungen, kommunale und staatliche Aufträge mit möglichster Beschleunigung ausführen zu lassen. Wie aber die Beschleunigung aussieht, mit welcher speciell die Polizei arbeitet, das wollen wir heute an einem Beispiel illustrieren. Ein uns bekannter Baumeister reichte am 6. Januar das Gesuch um Bauerlaubnis, einen größeren Bau betreffend, ein. Woche um Woche und Monat um Monat verging, er erhielt keinen Bescheid. Dann kam der Baumeister um die provisorische Bauerlaubnis ein. Vier Wochen vergingen und es kam immer noch kein Bescheid an. Das war am 20. März. Uns wurde versichert, daß mit dem Augenblick des Eintreffens der Bauerlaubnis eine größere Anzahl Arbeiter sofort Beschäftigung erhalten würden. Das ist die „sociale Fürsorge", wie sie von Polizei wegen geübt wird.

Eine Magistratsvorlage über den Neubau des Waisenhauses in der Alten Jakobstr. 33, ist den Stadtverordneten zugegangen. Die Kosten sind auf rund 1 400 000 M. veranschlagt. Zunächst werden zwei Bauraten von 300 000 M. verlangt. Es ist in den Plänen eine eigne Säuglingsstation im Erdgeschoß und im 1. Stock des Quergebäudes nach dem Waldeck-Park zu vorgesehen. Vor diesen Räumen sind offene Hallen angeordnet worden, um die Säuglinge aus den Zimmern leicht in die frische Luft bringen zu können. Der Neubau soll Räume für 296 Betten umfassen. Der Sicherheit wegen sind vier massive Treppen vom Keller bis zum Dachgeschoß angeordnet. Die Fassaden sollen in einfachster Weise als Putzbau mit sparsamer Verwendung von Werksteinen ausgeführt werden.

Der Bahnverkehr Berlin-Stettin soll nach dem zweiten Entwurf des Sommer-Fahrplans umfassende Verbesserungen erfahren. Die Schnellzugverbindungen zwischen Berlin und Stettin werden durch ein neues Zugpaar vermehrt, ab Berlin 7 Uhr 5 Min. abends, an Stettin 9 Uhr 12 Min.; der Gegenzug verläßt Stettin 10 Uhr 12 Min. vormittags und trifft 12 Uhr 20 Min. in Berlin ein. Die Züge führen 1. bis 3. Klasse. Außerdem werden die zur Bewältigung des Ferien- und Badeverkehrs zur Ablassung gekommenen Züge wieder befördert. Der Zug ab Berlin 7 Uhr 35 Min. morgens nach Heringsdorf und der Zug von dort 11 Uhr 16 Min. vorm., an Berlin 3 Uhr 42 Min., werden anstatt vom 1. Juli bereits vom 15. Juni an verkehren. Ferner werden noch zu den Schnellzügen, ab Berlin 8 Uhr 6 Min. morgens und ab Stettin 3 Uhr 26 Min. nachm., ab Heringsdorf 3 Uhr 32 Min. nachm. und 11 Uhr 16 Min. vorm. Vorzüge abgelassen. Außerdem werden drei neue Sommer-Schnellzüge gefahren und zwar ab Stettin 2 Uhr 28 Min., an Berlin 4 Uhr 58 Min. nachm., vom 3. Juli bis 31. August, ab Berlin 11 Uhr 55 Min., an Stettin 2 Uhr 26 Min., vom 1. bis 25. Juli und ab Berlin 10 Uhr 55 Min, an Heringsdorf 3 Uhr 9 Min. nachm., ebenfalls vom 1. Juli bis 25. Juli.

Zum Milchkrieg. Gestern beschäftigte sich der Verein der Milchhändler Schönebergs und Umgebung mit dem Milchkrieg und der neuen Polizeiverordnung über den Milchhandel. Man beschloß, im Kampfe gegen Ring und Bolle auszuharren, und protestierte gegen die Polizeiverordnung. Der Vorstand wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß den Bolleschen Wagen das Ausklingeln in Schöneberg untersagt werde und zwar, was uns ein bißchen spanisch vorkommt, auf Grund der Verordnung über den Hausierhandel. Die Handlungsweise der Meierei Bolle wurde scharf getadelt. Am 1. April wird die Centrale mit 50 Wagen antreten; dieselben waren, wie mitgeteilt wurde, zuerst mit der Firma der Centrale versehen, doch soll diese überlackiert und mit der Bolleschen Firma beschrieben worden sein, so daß mithin die Centrale unter falscher Flagge segelt. Des ferneren wurde darauf hingewiesen, daß der Milchkrieg noch eine ganze Reihe von Ueberraschungen bringen dürfte, vor allem aber dürfe man darauf gefaßt sein, daß mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit, vielleicht schon im Mai, mit einer Milchkalamität zu rechnen sein werde.

Von dem alten Garnison-Friedhof an der Linienstraße wird nun auch das letzte Stück bebaut. Bei den Ausschachtungsarbeiten werden noch zahlreiche Leichenreste zu Tage gefördert, die gesammelt und auf dem Garnison-Friedhof in der Müllerstraße vergraben werden.

Die Fernsprech-Vermittelungsanstalten IV und IVa werden im Laufe dieser Woche zu einer gemeinsamen Vermittelungsanstalt IV vereinigt. Die Anschlußnummern der Teilnehmer bleiben unverändert. In der Bezeichnung der bisherigen Anschlüsse der Vermittelungsanstalt fällt jedoch der Unterscheidungsbuchstabe a fort. Die Vereinigung ist in der Weise bewirkt worden, daß ein neues, gemeinsames Amt durch die Firma Siemens u. Halske hergestellt worden ist. Es ist auf nicht weniger als 14 000 Anschlüsse berechnet. Von diesen werden zunächst etwa 7500, also wenig mehr als die Hälfte, besetzt.

Bis zehn Uhr abends dürfen offene Verkaufsstellen heute, Donnerstag, sowie am Sonnabend dieser Woche geöffnet sein. In der nächsten Woche ist der Dienstag der einzige Tag mit Zehnuhrschluß.

Die Abstinenzbewegung greift auch auf die Berliner Kaufleute über. Auf Anregung einiger Berliner Mitglieder des Vereins abstinenter Kaufleute in Hamburg wurde am 25. d. M. unter Mitwirkung des „Alkohol-Gegnerbundes, Ortsgruppe Groß-Berlin" und des „Guttempler Ordens" eine Berliner Gesellschaft abstinenter Kaufleute begründet. Das Referat hatte der Vorsitzende des Alkoholgegner-Bundes, Herr Dr. Strecker, übernommen. Die Gesellschaft will es sich zur Aufgabe machen, auch die Berliner Kaufleute zum Kampfe gegen den Genuß alkoholischer Getränke und die herrschenden Trinksitten aufzufordern, sowie alkoholfreie Wirtschaften zu begründen. Die Versammlung war recht gut besucht. Vorsitzender der Vereinigung ist Herr Bankier Kaupisch, Berlin W. 30, Goltzstr. 45.

Ein Irrtum ist uns unterlaufen, als wir mitteilten, daß der Dreschgraf Pückler in der evangelischen Gemeinschaft St. Michael sprechen wolle. Der Graf Pückler, der dort redet, hat mit dem Dreschgrafen gleichen Namens nichts gemein.

Der erste Tote der Hochbahn. Der 25 Jahre alte Revisionsschlosser Krattasch, der vorgestern auf dem Untergrund-Bahnhof Zoologischer Garten verunglückte, ist seinen Verletzungen erlegen.

Ein Kindesmord ist vorgestern abend in der Pallisadenstr. 78 entdeckt worden. Der Wächter einer dem Hauseigentümer gehörigen Fabrik sah um 11 Uhr in einer Nische im Thorweg eine Pappschachtel liegen, die wie ein Postpaket aussah. Darin fand er die Leiche eines neugeborenen Mädchens, dem die Kehle mehrmals durchschnitten war. Die Leiche war zunächst in Papier eingewickelt und dann in die Schachtel gelegt. Diese stammt aus der Versandtschachtelfabrik von F. Lange in Bielefeld und ist 28 Centimeter lang, 17 Centimeter breit und 12 Centimeter hoch. Auf dem Deckel der Schachtel steht mit Blei „8 Pfund" geschrieben. Die Vermutung, daß die Mörderin des Kindes ein Krankenhaus aufgesucht habe, wurde durch die Ermittelungen in allen Anstalten nicht bestätigt. — Eine zweite Kindesleiche, die eines neugeborenen Knaben, wurde vorgestern von einem Arbeiter aus der Spree gelandet. Ob auch in diesem Falle ein Mord vorliegt, wird erst die gerichtsärztliche Leichenöffnung feststellen können.

Feuer im Zoologischen Garten alarmierte Mittwochnachmittag mehrere Löschzüge. In einem Raum neben dem Bierkeller des Hauptrestaurants war durch Kurzschluß ein elektrisches Kabel durchgebrannt, wobei die Schaldecke und Balkenlage ankohlte und weiterschwelte. Allem Anschein nach war der Kurzschluß schon mehrere Stunden vorher erfolgt, da das Feuer schon weit vorgeschritten war, als es zufällig bemerkt wurde. Angestellte des Gartens machten sich sofort daran, den Brand mit der Hausleitung abzulöschen, während gleichzeitig die Feuerwehr herbeigerufen wurde. Wenn nun auch die Gefahr leicht beseitigt werden konnte, so dauerte es doch längere Zeit, bevor die Feuerwehr die angekohlten Balken freigelegt hatte und wieder abrückte.

Die Frau des Gastwirts Schilling, die des Versuches beschuldigt wurde, ihren Mann durch Leuchtgas ums Leben zu bringen, ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Sie ist nicht zu ihrem Mann zurückgekehrt, sondern hat bei Verwandten Aufnahme gefunden. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei haben den gegen die Frau erhobenen Verdacht nicht bestätigt.

Wieder festgenommen wurde der frühere Mitbesitzer einer Lichtheilanstalt Steinbock, der wegen vieler Schwindeleien eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hat. Steinbock wurde am 5. d. M. in einem Civilprozeß vernommen und fand hierbei Gelegenheit, zu entkommen. Die Kriminalpolizei vermutete ihn in einem Versteck in der Blumenstraße. Auf dem Rückwege zum Gefängnis entkam er den Beamten, trotz besonderer Vorsicht, an der Krautstraße noch einmal. In der Nähe des Alexanderplatzes wurde er jedoch wieder eingeholt und nun ohne Hindernis nach Plötzensee zurückgebracht.

Ein schrecklicher Unfall stieß gestern abend dem 26 Jahre alten Steinträger Franz Deutsch aus der Reinickendorferstraße 46 o zu. Der junge Mann, der von 6 Uhr an zu Hause gewesen war, wollte um 11 Uhr den auf dem Hofe gelegenen Abort aufsuchen. Hierbei stürzte er eine neun Stufen zählende, nicht beleuchtete Holztreppe hinunter, an deren Fuße sich die mit Glasscheiben versehene Hofthüre befindet. Unwillkürlich streckte er im Sturze die Arme aus, um eine Stütze zu finden. Die Folge war daß er mit den Händen durch die Thürscheiben fiel und sich beide Pulsadern aufschnitt. Mit dem Kopfe stieß er außerdem so heftig gegen die Holzteile der Thür, daß er sich einen Schädelbruch zuzog. Hausgenossen, die das Gepolter und das Klirren der zerbrochenen Scheiben hörten, nahmen sich des Schwerverletzten an und sorgten für seine Ueberführung in ein Krankenhaus.

Arbeiter-Bildungsschule, Engel-Ufer 15, Seitenflügel 3 Tr. Die Kurse sind beendet. Bis zum Wiederbeginn, Mitte April, ist die Bibliothek an jedem Donnerstagabend von 8—9 Uhr geöffnet. Diejenigen Mitglieder, welche noch Bücher über die übliche Leihfrist hinaus im Besitze haben, wollen dieselben gefl. umgehend abliefern.

Fünfter Internationaler Kongreß für angewandte Chemie. Die Vorarbeiten für diesen Kongreß, welcher in der Pfingstwoche des Jahres 1903 zu Berlin abgehalten werden wird, sind bereits in vollem Gange. Während die vier vorhergehenden Kongresse in Brüssel (1894), Paris (1896), Wien (1898) und Paris (1900) stattfanden, ist dies der erste seiner Art auf deutschem Boden. Der Kongreß findet im Reichstags-Gebäude statt. Die Arbeiten für den Kongreß werden in einem eignen Bureau, Charlottenburg, Marchstraße 21, erledigt.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Gewerbe-Deputation stellte dem Schulrat Anders, dem Leiter der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule, 300 M. zum Ankauf physikalischer Instrumente zur Verfügung. Wenn sich mindestens 10 Schüler für Physik finden, soll mit dem physikalischen Anschauungsunterricht in der Fortbildungsschule begonnen werden.

Aus Rixdorf. Der hiesige Stadthauptkassen-Rendant Grantzoty wurde von der Gemeindevertretung in Wilmersdorf einstimmig zum Gemeinde-Kassenrendanten gewählt. — Ein frecher Einbruchsdiebstahl wurde in der letzten Nacht bei dem Schlächtermeister Wilhelm Günther, Reuterstr. 25, ausgeführt. Die Diebe drangen durch ein Eisengitter der Ladenthür in den Laden ein und räumten sämtliche Fleisch- und Wurstwaren aus. Bisher fehlt von den Thätern noch jede Spur. — Messingdiebe sind seit einigen Tagen wieder in unsrer Stadt thätig. In zahlreichen Häusern haben sie die Treppenstufenschienen, womit Läufer und Linoleumbelag befestigt zu werden pflegen, abgeschraubt und entwendet, in einigen Fällen auch Messing-Hausthürbeschläge abgebrochen und mitgenommen. Leider konnte noch keiner der Spitzbuben erwischt werden. — Die Stadtgemeinde Berlin, welche an den Uferstraßen des Rixdorfer Stichkanals Grundstücke besitzt, hat sich jetzt bereit erklärt, zu den Straßenbaukosten beizutragen, und ließ den anteiligen Betrag bereits an die hiesige Stadthauptkasse einzahlen.

Der Rixdorfer Gewerbedeputation lag am Dienstag eine Petition des Ortsvereins Rixdorf des Vereins der deutschen Kaufleute vor, worin um den Erlaß eines Ortsstatuts ersucht wird, durch das die Beschäftigung von Handlungsgehilfen und Lehrlingen in Fabrik-, Speditions-, Engros- und Bankgeschäften, sowie in Brauereien an Sonn- und Festtagen gänzlich untersagt werden soll. Ferner soll die Beschäftigung solcher Angestellten in offenen Ladengeschäften an Sonn- und Festtagen nur von 7—10 Uhr vormittags dauern und von den Prinzipalen derartig geregelt werden, daß jedem Gehilfen und Lehrling monatlich ein Sonntag vollständig freigegeben wird. An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten soll nachmittags von 2 bis 8 Uhr ein erweiterter Geschäftsverkehr stattfinden dürfen. Die Deputation lehnte den Antrag ab, weil es Berlin ebenso gemacht hat. Die socialistischen Mitglieder behielten sich stillschweigend ihre Stellungnahme für die Plenarsitzung der Stadtverordneten-Versammlung vor.

In Stralau schließt der Gemeinde-Etat mit 110 558 M. ab; im vorigen Jahre betrug der Etat 87 712,92 M. Die Gebühren für die Kanalisations-Ausnutzung stellen sich auf 10 Proz. Der Gemeindevertreter, Parteigenosse Mütze, beantragte, diese 10 Proz. völlig von den Hausbesitzern zu erheben; die Vertretung hatte in ihrer Mehrheit aber Mitleid mit dieser notleidenden Menschengattung und beschloß, von den Hausbesitzern nur 5 Proz. zu nehmen; die übrigen 5 Proz. sollen dem allgemeinen Steuersäckel entnommen werden. So kam es denn, daß die Kommunalsteuern von 110 Proz. auf 120 Proz. erhöht werden mußten.

Zur Einverleibungsfrage ist den Meldungen verschiedener Blätter gegenüber zu bemerken, daß in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 9. Februar einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den Magistrat von Berlin um die Einverleibung zu ersuchen; mit andren Vororten hat Stralau sich in dieser Angelegenheit nicht in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen schweben; man hofft am Orte, daß sie zu dem gewünschten Resultat führen.

An den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung, die am 14. März stattfanden, haben die Parteigenossen sich nicht beteiligt, weil ihnen der erforderlich gewesene Hausbesitzer nicht zur Verfügung stand.

Wie sehr das Gemeindeleben versumpft, wenn die Socialdemokratie nicht aktiv auftritt, lehrt so recht die Wahl in Stralau. Dort haben in sämtlichen drei Klassen im ganzen 15 Personen 16 Stimmen abgegeben, da ein Wähler in zwei Klassen wählen konnte. In der ersten Wählerklasse waren 5 Wähler eingeschrieben; es wurde hier eine einzige Stimme abgegeben, die auf den bisherigen Vertreter, den Jutespinnerei-Director Hoffmann fiel. In der zweiten Klasse gaben von 7 eingeschriebenen Wählern 2 ihre Stimme ab, davon erhielt der bisherige Vertreter Bartsch eine Stimme und der Fabrikbesitzer Gebhard ebenfalls eine Stimme; es hat also Stichwahl stattzufinden. In der dritten Klasse waren 193 Wähler eingeschrieben, von denen 13 wählten und sämtlich für den bisherigen Vertreter Bootsbaumeister Deutsch stimmten. So nimmt das Bürgertum, wenn es unter sich ist, seine politischen Rechte wahr!

Wilmersdorf. Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung 2600 M. für notwendig gewordene Schulklassen im Ortsteil Friedenau-Wilmersdorf. Es ist ein dringendes Bedürfnis, auch dort demnächst ein Schulhaus zu errichten; jetzt werden die Kinder in einer Mietskaserne unterrichtet. — Zur Regulierung einiger Straßenzüge wurden 5000 M. bewilligt. — Für Verausgabung von Lehrmitteln an hilfsbedürftige Volksschüler ist eine Etatsüberschreitung von 425,60 M. zu verzeichnen; die Summe wurde nachbewilligt. — Der schon bestehende Hohenzollernplatz wird demnächst vergrößert werden. — Der Rheingaubezirk erhält zum 1. April ein Polizeibureau, und zwar in der Bingerstr. 1/3. — Einen direkten Verkehrsweg mit dem Osten Berlins erhält Wilmersdorf dadurch, daß die Linie Lichtenberg—Schöneberg demnächst bis Wilmersdorf verlängert wird.

Versammlungen.

Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Am Dienstag fand im Berliner Prater eine außerordentliche Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Genossen Hennig und Scholtyssek in der üblichen Weise. Dann erstattete Borgmann Bericht über die Verhandlungen der Einigungs-Kommission, die unter dem Vorsitz Pfannkuchs stattgefunden haben. Borgmann sagte: In dem andern Wahlverein ist bereits über diese Angelegenheit berichtet worden. Ich habe den Auftrag, von unserem Standpunkt aus Klarheit über die Verhandlungen zu geben. Der Bericht, den der „Vorwärts" über die in der Eiskeller-Versammlung gegebenen Darstellung der Kommissionsverhandlungen gebracht hat, stimmt nicht mit den Thatsachen überein. Der Berichterstatter muß die Ausführungen Freythalers wohl nicht richtig wiedergegeben haben, denn so, wie es im „Vorwärts" steht, war der Gang der Kommissionsverhandlung nicht. Wir verlangen vom „Vorwärts", daß er über den Konflikt in unserm Wahlkreise entweder zutreffend berichtet, oder aber, daß er darüber ganz schweigt, damit nicht die Parteigenossen in den andern Wahlkreisen ein falsches Bild von unsern Angelegenheiten bekommen.

(Wie uns unser Berichterstatter mitteilt, entspricht sein Bericht über die Eiskeller-Versammlung durchaus dem, was dort von den einzelnen Rednern ausgeführt wurde. Etwas andres konnte er natürlich auch nicht berichten. Der Vorwurf, daß er nicht „zutreffend berichtet" und ein „falsches Bild" gäbe, ist also gegen den „Vorwärts" resp. seinen Berichterstatter deplaciert. Red.)

Nun zu den Kommissionsverhandlungen selbst. Nach dem „Vorwärts"-Bericht hat es den Anschein, als ob Pfannkuch aus eigner Initiative oder gar im Namen des Parteivorstandes seinen Vorschlag gemacht hat. Das ist nicht der Fall. Es wurden anfangs von keiner Seite Vorschläge gemacht, so daß keine Diskussion zu stande kam. Lediglich um eine Diskussion zu schaffen, machte Pfannkuch den Vorschlag: Auflösung unsres Vereins, Uebertritt in den andren Verein und Niederlegung der Aemter, damit die Genossen der Schönhauser Vorstadt bei der Neubesetzung ihre Wünsche geltend machen könnten. Pfannkuch erklärte ausdrücklich, daß er mit diesem Vorschlage nicht die Meinung des Parteivorstandes vertrete, sondern nur die Diskussion in Fluß bringen wolle. Ich machte dagegen den Vorschlag: Wenn wir unseren Verein auflösen sollen, dann müsse auch der andre Verein sich auflösen und der Zustand, wie er früher bestand, wieder hergestellt werden. Die Niederlegung der Aemter ist keine Konzession an uns, denn bei der Besetzung der Aemter hatten doch die Genossen der einzelnen Vorstädte von jeher das Vorschlagsrecht. Daß der Parteitag über die Organisationsfrage entscheiden solle, habe ich nicht gesagt. Auch die Vorschläge, welche Mars in der Kommission machte, sind falsch berichtet. Er schlug mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse des Kreises vor, daß für jede Vorstadt ein besonderer Wahlverein gegründet werden solle, und daß diese Vereine unter eine gemeinsame Centralleitung gestellt werden sollten. Auf diesen Vorschlag legen wir großen Wert, denn er bezeichnet diejenige Organisationsform, auf deren Schaffung die Konstellation unsres Kreises hindrängt. In dem Bericht über die Eiskeller-Versammlung ist nichts davon enthalten, daß Wünsch in der Kommission betonte: Berlin sei ein einheitliches Agitationsgebiet, und deshalb müßten auch die Vertreter der übrigen Kreise darüber mitzuentscheiden haben, wenn ein einzelner Kreis seine Organisation ändern will. Unter allen Umständen müssen wir die principielle Frage im Auge behalten: Die bisherige Organisationsform darf nicht geändert werden, so lange die vom Parteitag beschlossene Resolution 72 nicht aufgehoben oder abgeändert ist. — Eigentümlich berührt es, daß in dem Bericht über die Eiskellerversammlung bei den drei bis jetzt genannten Vorschlägen die Namen ihrer Urheber genannt sind, während bei dem Vorschlag, der die Urabstimmung betrifft, kein Name angegeben ist. Da scheint etwas dahinter zu stecken. Der erste, der in der Kommission von Urabstimmung sprach, war Ledebour. Er meinte, es wäre wünschenswert, wenn das Statut für alle wichtigen Fragen, die durch Versammlungsbeschluß nicht mit zweifelloser Mehrheit entschieden werden können, die Urabstimmung zuließe. Diese Ansicht stieß bei den Genossen auf jener Seite zunächst auf heftigen Widerspruch. Man sagte, solche Vorschläge dürften erst gemacht werden, nachdem sie im Kreise angenommen worden sind. Ledebour hielt aber an seinem Vorschlage fest. Im Laufe der weiteren Verhandlungen nahm dann Freythaler diesen Gedanken auf und schlug vor, die vorliegende Angelegenheit durch eine Urabstimmung über den ganzen Kreis entscheiden zu lassen. Wir konnten uns zwar nicht vorstellen, wie eine solche Urabstimmung auszuführen, wie sie zu kontrollieren sei usw., aber wir erklärten doch: Wir nehmen diesen Vorschlag zur Kenntnis und werden ihn unsren Genossen unterbreiten. — Wir waren nun sehr verwundert darüber, daß man jetzt auf der andren Seite diesen Vorschlag der Urabstimmung als einen Beschluß der Kommission hingestellt und darüber abgestimmt hat. Da die Urabstimmung von der andren Seite beantragt worden ist, so kann sie natürlich nicht als ein Zugeständnis an uns betrachtet werden. Die Urabstimmung ist für unser Parteileben etwas Neues. Wir haben in der Partei noch nie eine Urabstimmung gehabt, und auch die Genossen auf jener Seite, welche jetzt für die Urabstimmung eintreten, haben sich bei früheren Gelegenheiten dagegen erklärt, mit der Begründung, man habe keine Rücksicht zu nehmen auf die, welche nicht in die Versammlungen kommen. Ich zweifle nicht daran, daß jene Seite bei einer Urabstimmung über den vorliegenden Streitfall die Mehrheit erhalten wird. Wenn man das auf jener Seite nicht wüßte, dann würde man auch nicht einen solchen Antrag gestellt haben. Wenn wir aber wissen, daß wir in der Urabstimmung unterliegen werden, dann wäre es doch richtiger, wir unterwerfen uns von vornherein, ohne erst den umständlichen Apparat der Urabstimmung in Bewegung zu setzen. Uebrigens haben wir gar keine Garantie dafür, daß die Urabstimmung in einwandsfreier Weise vorgenommen werden kann. Die Hauptsache aber ist die: Mit der Urabstimmung würden wir unsren auf die Resolution 72 gestützten principiellen Standpunkt verlassen. Das können wir aber nicht, denn die Parteitags-Beschlüsse sind für uns das höchste Gesetz, dem sich jeder Parteigenosse zu fügen hat. — Wir haben immer die Ansicht vertreten, daß die Organisation im sechsten Wahlkreise nur dann ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, wenn eine gewisse Decentralisation eintritt, ohne daß die Centralisation aufgehoben wird. Wir stimmen mit den Genossen auf der andren Seite darin überein, daß die Organisation des Kreises eine einheitliche sein muß, aber deshalb kann sie doch eine Form haben, welche den Verhältnissen des Kreises mehr Rechnung trägt, wie die Organisation der Genossen auf der andern Seite. — Im Namen der Bezirksführer habe ich eine Resolution zu empfehlen. Die Annahme derselben soll jedoch keine endgültige Entscheidung über ihren Inhalt sein, sondern nur ausdrücken, daß die Resolution den Genossen der Bezirke in den Zahlabenden vorgelegt und daselbst eingehend besprochen wird. Die endgültige Entscheidung würde einer späteren Generalversammlung vorbehalten bleiben. Die Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Einigkeit der Partei nur erhalten bleiben kann, wenn sich die Genossen der einzelnen Kreise den Beschlüssen der höchsten Parteiinstanz, dem Parteitag, unterordnen; in ferneren Erwägung, daß wir verpflichtet sind, den Grundsätzen unsres Programms entsprechend die Geschäfte der Partei zu führen, beschließt die heutige außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt):

1. „Auf dem principiellen Standpunkt so lange zu verharren, bis der Parteitag seine Beschlüsse abgeändert hat oder denselben eine andre Deklaration giebt."

2. „Unter Festhaltung dieser grundsätzlichen Auffassung und unter Anerkennung der Notwendigkeit, einheitlich im Kreise zu arbeiten bezw. die Organisation einheitlich zu gestalten, ihre Delegierten in der Einigungskommission zu beauftragen, dahin zu wirken, daß für jede der 6 Vorstädte ein selbständiger Wahlverein gebildet wird, über denen eine Centralleitung steht, welche sich aus den Vertrauensleuten und den Delegierten der einzelnen Wahlvereine des Kreises zusammensetzt."

Die Versammlung hofft, daß bei gutem Willen auf dieser Basis eine Einigung möglich ist und dadurch den besonders gearteten Verhältnissen des Kreises Rechnung getragen wird. Auf diese Weise das Arbeitsgebiet geteilt und doch unter centraler Leitung wird es möglich sein, dem gemeinsamen Feinde noch nachdrücklicher entgegenzutreten, als es bisher der Fall ist. Es wird dadurch möglich sein, die uns Fernstehenden leichter in die Organisation hineinzuziehen, wie ja unser Wahlverein, der heut nahezu 1000 Mitglieder zählt, am besten beweist."

Ich hoffe, daß unsre Ansichten in den Reihen der vorurteilslosen Genossen Anklang finden. Der Kreis muß geteilt werden, das ist das Richtige. Ich halte es für unmöglich, daß der Konflikt durch eine Urabstimmung beseitigt werden kann. Der Streit würde unter der Decke weiter geführt werden. Man wird uns von der andren Seite entgegenhalten, wir hätten nicht den guten Willen uns zu einigen. Die Generalversammlung im Eiskeller hat nur den von jener Seite selbst gestellten Antrag angenommen. Das ist kein Entgegenkommen, deshalb müssen wir versuchen, weiter zu verhandeln.

In der Diskussion sprachen Militz, Gräber, Metzke, Wünsch, Mars und Philippsohn, die sämtlich dem Referenten zustimmten. Mars führte noch einige Einzelheiten aus der Kommissionsverhandlung an. Unter anderem sagte er: Als Freythaler den Antrag auf Urabstimmung gestellt hatte, sagte Klose, wir müßten uns der Urabstimmung fügen. Darauf bemerkte Pfannkuch: nach dem, was in der Verhandlung zum Ausdruck gekommen sei, könne gar keine Rede von einer Unterwerfung unter die Urabstimmung sein. Es handle sich lediglich um einen Vorschlag zur Einigung. — Im Schlußwort sagte Borgmann: Wenn es nicht zur Einigung kommt, dann werden wir versuchen müssen, unsre Gedanken über die Organisationsform auch in die andern Vorstädte des Kreises zu tragen. Wir werden zunächst durch persönliche Aussprache im kleinen Kreise unsre Ansichten verbreiten, und dann in öffentlichen Versammlungen für dieselbe Propaganda machen. Es wird sich dann zeigen, daß wir aus der Minorität, die wir jetzt noch sind, zur Majorität des Kreises werden. Bis jetzt haben wir diesen Weg um des Friedens willen nicht betreten. Wenn aber die Einigung nicht zu stande kommt, dann haben wir keinen Grund mehr, unsre Organisationsform auf die Schönhauser Vorstadt zu beschränken. Die andren Berliner Kreise sind hinsichtlich der Organisationsform mit uns solidarisch. Das erleichtert unser Vorgehen.

Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an und beauftragte die Genossen, welche an der Sitzung der Einigungskommission teilgenommen haben, auch die weiteren Verhandlungen zu führen.

Hierauf macht Wünsch zu den im Versammlungsbericht in Nr. 55 des „Vorwärts" enthaltenen Ausführungen Freythalers folgende berichtigenden Bemerkungen: In der anfangs Januar abgehaltenen Sitzung habe ich dem Genossen Freythaler erklärt, ich würde wegen der Deckung des auf unsre Vorstadt entfallenden Teils der Kreisschulden erst mit den Genossen der Schönhauser Vorstadt Rücksprache nehmen. Darauf sagte Freythaler: Wenn wir unsren Anteil an den Kreisschulden anerkennen, dann bleibe uns die Art der Deckung selbst überlassen. In dieser Sitzung ist wohl Einblick gewährt worden in das Conto der Kreisschulden, aber nicht in das der Kreiseinnahmen. Daß in der Sitzung am 15. Januar die Abrechnungen der Vertrauensleute und der Kreiskasse vorgelegen haben, ist weder mir, noch den andren Genossen bekannt, die von unsrer Seite an der Sitzung teilgenommen haben. Wenn Freythaler behauptet, ich hätte weder am 15. Januar noch früher Auskunft über den Stand der Kreiskasse verlangt, so ist das nicht richtig. Als ich in dieser Hinsicht Fragen stellte, da antwortete mir Freythaler: „Wenn Du kein Geld mitgebracht hast, dann haben wir nichts miteinander zu thun." Darauf habe ich nochmals erklärt: Nach genauer Feststellung des Bestandes der Kreiskasse würden die Genossen der Schönhauser Vorstadt ihren Anteil an den Schulden anerkennen und begleichen. Wieder erhielt ich die Antwort: „Wenn Du kein Geld mitgebracht hast, dann haben wir nichts mehr miteinander zu thun". Darauf habe ich im Einverständnis mit den Genossen Kunst, Hönisch, Haase und Leskau erklärt: „Wenn Ihr nichts mit uns zu thun haben wollt, so liefern wir alles vorhandene Geld, auch die Einnahmen vom Sommerfest und vom Wahlverein an den Parteivorstand ab." Nach diesen Darlegungen werden die Genossen verstehen, warum wir nicht abgerechnet haben. Nach dem 15. Januar habe ich keine Aufforderung zur Abrechnung vom Sommerfest mehr erhalten. Vorher war aber die Abrechnung nicht möglich, weil noch eine Anzahl Billets ausstanden. Auch die Abrechnung vom Wahlverein konnte früher nicht stattfinden, so viel ich weiß, ist sie jetzt erfolgt. Im Interesse der Partei liegt es nicht, wenn die Majorität in der hier geschilderten Weise gegen uns vorgeht.

Kunst bestätigte die Darlegungen des Genossen Wünsch, und Mars führte aus, daß Wünschs Abrechnungen in der besten Ordnung sind, wovon sich jeder überzeugen könne.

Vermischtes.

Aus Löwen wird über eine Feuersbrunst berichtet: Seit gestern mittag wütet hier eine furchtbare Feuersbrunst. Der Brand wurde veranlaßt durch eine Naphta-Explosion, welche in einem Kolonialwaren-Lager stattfand. Es wurden sieben Gebäude zerstört; das Postgebäude war stark bedroht. Zwei Personen, welche in dem zum Kolonialwaren-Lager gehörigen Keller beschäftigt waren, sind verbrannt. Der Besitzer rettete sich nur dadurch, daß er aus dem Fenster herabsprang, desgleichen ein Arbeiter, welcher schwere Brandwunden davontrug. Die Feuerwehren der umliegenden Orte mußten in Anspruch genommen werden, auch war aus Brüssel ein Specialzug mit Feuerwehr eingetroffen. Es herrschte große Gefahr in einem Umkreise von 500 Metern infolge der fortgesetzt stattfindenden Explosionen von Naphtafässern und wegen der herabstürzenden Balken. Die Garnison wurde alarmiert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Sachschaden ist enorm, aber noch nicht zu übersehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Martin R. i. B. Z. B. Baienfurt, Hepp, Niederkaufungen. Dann im Königreich Sachsen: Dresden, vereinigte Fabriken zu Bautzen, Einsiedel bei Chemnitz, Freiberg, Schneeberg 2c.; ferner Cröllwitz bei Halle a. S. usw. usw.

Wette in K. Einwandsfrei der vierte Fall.

Süd. Wir heben die genannten Zeitungen nicht auf, können also Ihre Frage nicht beantworten. Sie wenden sich am besten an die Blätter selbst, die Ihnen gern die gewünschten Nummern senden werden.

A. K. 42. Wir könnten in dieser Sache keinen Rat geben.

H. S. 20. Das Gesetz nennt nicht eine Anzahl bestimmter Sachen, die dem Schuldner als unpfändbar belassen werden müssen, vielmehr ist die Frage, ob bestimmte Gegenstände gepfändet werden können oder als unentbehrliche dem Schuldner belassen werden müssen, von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Anzahl der Familienmitglieder usw. zu entscheiden. Gegen die Ansicht des Gerichtsvollziehers ist Beschwerde an das Amtsgericht zulässig. In Ihrem Fall scheint ein Spind und der Spiegel vielleicht pfändbar zu sein. — **66 A. M.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. 4. Ja. — **M. L. 59.** In den öffentlichen Lesehallen liegt sowohl das Buch Specht, die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1897, wie Schönfeld, Notizbuch für die Reichstags-Wähler, aus. In einem derselben wollen Sie nachschlagen, wer bei den 10 Wahlakten gewählt ist, über die Sie Auskunft haben wollen. — **M. C.** Ja: ob die für einen Vertreter angesetzten Kosten angemessen sind, entscheidet im Streitfall das Gericht. — **N. St. 100.** Sie haben den richtigen Weg gewählt. Sie können sich jetzt an das Kriegsministerium und, mit einer Petition, an den Reichstag wenden. — **F. R. 24.** Eine Klage hat wenig Aussicht auf Erfolg, ist aber nicht ganz aussichtslos, wenn Sie beweisen, daß der Arbeitgeber nicht für gehörige Unterbringung der Kleidungsstücke, aus denen das Geld gestohlen ist, gesorgt hatte. Zuständig ist das Gewerbegericht. Von dem Ausfall Ihrer Klage setzen Sie uns wohl später in Kenntnis. — **Abonnent 137.** Ihre Pflichten richten sich nach dem Wortlaut des von Ihnen geschlossenen Vertrages. Haben Sie dessen Inhalt richtig mitgeteilt, so hätten Sie einen Regreßanspruch gegen Ihren Verkäufer. — **P. Nansen 1875.** Das ist leider gesetzlich zulässig. — **H. M.** 1. Nein. 2. Die Kostenhöhe richtet sich nach der Höhe der Forderung. 3. Auf dem Einwohner-Meldeamt, Alexanderplatz, erhalten Sie gegen Zahlung der Gebühr schriftliche Auskunft; den Geburtstag müßten Sie angeben. 4. Das geht nicht an. — **M. H. 1.** 1. Ein Erbe kann sich gegen Haftung für die Nachlaßschulden in unbeschränkter Höhe durch Aufgebot der Nachlaßgläubiger, Nachlaßverwaltung, Nachlaßkonkurs oder Inventarlegung schützen. Das Nähere finden Sie S. 87/88 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. 2. Eine Erbschaftsausschlagung muß seit dem 1. Januar 1900 in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form innerhalb sechs Wochen dem Nachlaßgericht gegenüber erklärt werden, um gültig zu sein. — **A. W.** Die Antragsfrist zur Stellung eines Strafantrags wegen Beleidigung beträgt drei Monate, von dem Zeitpunkt ab gerechnet, in dem die Beleidigung zur Kenntnis des Beleidigten gekommen ist. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre; eine erst nach Ablauf von fünf Jahren zur Kenntnis des Beleidigten gelangte Beleidigung kann also überhaupt nicht verfolgt werden. — **Edm. B.** Ihr Mann haftet für Ihre vorehelichen Schulden nicht, also auch nicht für die Miete. Dem Vermieter haftet das in die Mietsräume Eingebrachte, auch wenn es inzwischen zum Schein oder im Ernst an Dritte verkauft ist. Der Pfändung entzogen, also auch dem Zurückhaltungsrecht des Wirtes entzogen sind die unentbehrlichen Gegenstände. Die diesbezüglichen Vorschriften finden Sie S. 359, 361 des in den öffentlichen Lesehallen ausliegenden „Arbeiterrechts". Bestimmte Mobilien führt das Gesetz nicht an. Es ist vielmehr von Fall zu Fall zu entscheiden, welche Gegenstände unpfändbar sind. Kommt eine Einigung hierüber mit dem Wirt nicht zu stande, so kann der Mieter beim Amtsgericht klagen. — **Zinnowitz.** Es ist nur zu einer Civilklage auf Herausgabe und eventuellen Wertersatz zu raten. Die Klage hätte sich sowohl auf das Ausbleiben-Versprechen wie auf das spätere Manöver zu stützen. — **A. G. 100.** Die irrtümliche Bezeichnung des Berufs ist unerheblich. Lehnen Sie die Annahme des Briefes demnach ab, so gilt sein Inhalt genau so, als ob sie ihn angenommen hätten. Die Ablehnung der Annahme eines Briefs ist demnach zwecklos. — **G. T. 92.** Hatte das Mädchen vor der Geburt Ihres Kindes die andern geboren, so sind Sie nicht zahlungspflichtig, weil Ihr Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren ist. Sonst haben Sie zu zahlen: Verjährung liegt nicht vor. — **H. W.** 1. Das Gutachten des Reichs-Gesundheitsamts über Rattenvertilgungsmittel (Schwefelkohlenstoff und Piktolin) ist im „Vorwärts" vom 13. November 1901, 2. Beilage, abgedruckt. Den „B." können Sie in der Expedition einsehen. 2. An die Oberpostdirektion. — **T. M.** Nein. — **Gracchus.** 1. Das ist zulässig. 2. Solche Versammlungen bezwecken keine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und unterliegen deshalb nicht dem Anmeldezwang. 3. Der Vorstand kann nur in der und durch die Generalversammlung gewählt werden. — **Florian.** Die gesetzliche Kündigungsfrist eines Handlungsgehilfen beträgt 6 Wochen zum Quartalsschluß. Der Prinzipal kann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Entlassung aussprechen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtiger Grund gilt anhaltende Krankheit. Für den Fall der Kündigung wegen Krankheit behält der Handlungsgehilfe seinen Anspruch auf Gehalt für die Dauer von 6 Wochen, von der Kündigung ab gerechnet. Krankengeld ist auf das Gehalt des Handlungsgehilfen nicht anzurechnen. — — **A. N. 100.** Was von dem Einkommen bei der Besteuerung in Abzug gebracht werden kann, ist ausführlich unter „K. 100 Moabit" im Briefkasten vom 26. März angeführt. Miete ist nicht abzugsfähig. — **G. Strasburg.** Ja. — **Neuendorf.** 1. Ja, die That ist mit Zuchthausstrafe, bei Annahme mildernder Umstände mit 6 Monaten bis 5 Jahren Gefängnis bedroht. 2. Abgesehen von der strafrechtlichen Seite ist Abtreibung dem weiblichen Organismus sehr schädlich und führt oft zu langem Siechtum, insbesondere wenn sogenannte Geheimmittel, von „klugen" Frauen oder sonstigen gewissenlosen Personen verschafft sind. — **L. Y.** Nein.

Witterungsübersicht vom 26. März 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.
Swinemünde	749	SSO	1	bedeckt	4	Haparanda	752	O	2	Schnee	−5
Hamburg	751	W	2	bedeckt	4	Petersburg	757	S	2	Nebel	2
Berlin	750	W	4	Regen	5	Cork	763	W	2	heiter	9
Frankf./M.	750	SW	2	heiter	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	760	W	6	bedeckt	4	Paris	763	W	1	bld. bed.	1
Wien	750	W	2	heiter	7						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. März 1902.

Kühl und veränderlich, vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Colporteur

Louis Gottfeld

am 24. d. M. nach langem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, vormittag 11 Uhr, von der Leichenhalle der jüdischen Gemeinde (Weißensee) aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

247/3 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Hierdurch allen Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, der Eisendreher

Joseph Rinke

am Sonntag nachts 12 Uhr nach kurzen Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Freitag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Neuen Michaels-Kirchhof in Mariendorf statt. 1518b

Um stille Teilnahme bitten seine trauernden Brüder

Carl und **Franz Rinke.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenformer

Theophil Scholtyssek

am 23. d. M. an der Lungenentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am 27. d. M., nachmittags auf dem Central-Friedhof Friedrichsfelde statt.

Rege Beteiligung erwartet

113/14 **Die Ortsverwaltung.**

Gesangverein Brennabor.

Am 22. d. M. verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied und Sangesbruder, der Gürtler

Paul Gallien.

Die Beerdigung findet am Karfreitag, nachmittag 5 Uhr auf dem Neuen Jakobi-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße statt. 1508b

Der Vorstand. Gommert.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise rührender Teilnahme an dem herben Verlust meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, des Wäschezuschneiders

Hermann Jannasch

können wir nur auf diesem Wege unsren tiefgefühlten Dank aussprechen.

Clara Jannasch nebst Kind.

Konsum-Verein Charlottenburg.

Freitag, 28. März, nachm. 3 Uhr, in der **Gambrinusbrauerei, Wallstr. 90:**

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Geschäftsführers.
2. Statutenänderungen: §§ 1, 8, 20, 33, 39, 44, 45, 46, 51, 53, 65, 66, 69, 75, 82, 83, 84, 96. 106/11
3. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.

Nur Mitglieder haben Zutritt; die Mitgliedskarte ist mitzubringen.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins zu Charlottenburg. (E. G. m. b. H.)

Max Kudzel, Vorsitzender.

Karfreitag, früh 7 Uhr, Kottbuser Brücke n. Westdeutsch-Buchholz, ca. 58 km, nachmittag 1½ Uhr nach Schmöckwitz (Koack).

1. Osterfeiertag: **Gautag** in Wilmersdorf, Berlinerstr. 40. Start, früh 9 Uhr n. mittags 1 Uhr Hallesches Thor. Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen. (Abends Konzert mit anschließendem Ball.) 2. Feiertag, 1 Uhr, Koppenplatz n. Birkenwerder (Paradiesgarten). 3. Feiertag, 1½ Uhr, Brandenburger Thor n. Pichelswerder (Freund). Donnerstag, den 3. April, Generalversammlung, Andreasstr. 26. Restierende Mitglieder werden auf den § 4 des Statuts hingewiesen. [11/13

Gänseschmalz Pfd. 80 Pf.

C. Pohlit, Gewerkschaftshaus.

90 Ruten,

10 Minuten vom Bahnhof Zepernick, eingezäunt (Laube, Brunnen, Rioleit, Obstbäume) 1500 M., 500 Anzahlung. **Joers,** Zepernick, am Bahnhof.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.

Auskunft bis abends neun. [3505b*

Die schönsten Herren-

Anzüge. Herrengarderobe in neu, sowie speciell 3555b*

Monatsgarderobe

von Kavalieren zurückgelegt.

Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen stets zu haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17,

Ecke Wasserthorstraße.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 27. März.

Opernhaus. Oeffentliche Konzertprobe zum 10. Sinfonie-Abend der königl. Kapelle. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Probekandidat. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Nora. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Gastspiel des Metropol-Theaters: 'ne feine Nummer. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Goldfische. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anfang 8½ Uhr.
Trianon. Coralie u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Kaperbrief. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschlossen.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charlottenburg. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Gastspiel des Theaters des Westens: Rigoletto. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Lebende Lieder. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die Veilchenfee. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Ihre Familie. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Um 4 Uhr zu kleinen Preisen: Von den Alpen zum Vesuv.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr: **Der Probekandidat.** Schauspiel in 4 Aufz. v. Max Dreyer.
Freitag: Geschlossen.
Sonntagabend 8 Uhr: **Nathan der Weise.**

Central-Theater.
Jubiläums-Vorstellung z. 100. Male: Abends 7½ Uhr:
Das süße Mädel.
Jeder Besucher erhält ein elegantes Souvenir. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: **Das süße Mädel.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Täglich: Abends 7½ Uhr:
Seine Kleine.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Guido Thielscher, Fritz Helmerding, Hans Junkermann, Herbert Paulmüller, Paula Worm a. G., Gerda Walde, Leonore Boisé, Else Wannowius. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?"
Karfreitag, 28. März, abends 8 Uhr: Kleine Preise. Oratorium-Aufführung: **Paulus.**
Sonnabend und folgende Tage, 7½ Uhr: **Seine Kleine.**

Metropol-Theater
Gastspiel d. Opern-Ensembles
des Theater des Westens.
Francesco d'Andrade a. G.
Rigoletto.
Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Freitag, den 28. März 1902: **Geschlossen.**
Sonnabend, den 29. März 1902:
Martha.
Montag, den 31. März 1902: Zum erstenmal:
Die wahre Liebe ist das nicht.

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Ueberbrettl) **Köpnickerstr. 68.**
Heute abend 8 Uhr u. a.: Brunnenzauber, Musik von Zepler, Atelierspuk (Pantomime). — **Bozena Bradsky** u. **Oskar Strauss, Marcell Salzer, Bokken Lasson** etc.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr zu kleinen Preisen: Von den Alpen zum Vesuv.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit ihrem Kinde
eine bisher in der Welt nicht dagewesene Sehenswürdigkeit
Mutter 80 cm Tocht. 50 cm gross 32 Jahre alt. 9 Jahre alt.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Bis inklusive Sonnabend geschlossen.
Sonntag, den 30. März 1902: Anfang 7½ Uhr. Zum erstenmal: Große Novität!
Hannemann vom Viehhof
und: **Der kleine Cohn.**
Große Berliner Ausstattungsposse mit Ges. in 5 Bildern von Ernst Rittersfeld. Musik von Albert Wicher.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Unsre Marine** oder: **Er muß aufs Land.** Kleine Preise. — Montagnachmittag 3 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.** Kleine Preise. Parkett 60 Pf. Ab. 7½ Uhr: **Hannemann vom Viehhof** und: **Der kleine Cohn.**

Apollo-Theater.
Grossartigstes Specialitäten-Programm der Saison.
16 hervorragende Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Ostermontag, den 31. März 1902: Zum erstenmal:
Lysistrata
Ausstattungs-Operette in 1 Akt von **Bolten-Bäckers.** Musik von **Paul Lincke.**
Hierzu das berühmte Luftballett
„Grigolatis" mit der ersten Solotänzerin Preciosa Grigolatis.
Billet-Vorverkauf täglich von 10—2 Uhr.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Bis zu den Oster-Festtagen:
Geschlossen.
Am 1., 2. u. 3. Ostertag:
Gr. Festvorstellung.
Neues Programm.
Zum erstenmal in Berlin!
Anaïd.
Größte Sensationsnummer der Gegenwart.
Anfang an allen drei Festtagen 7 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Schwank m. Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms. Mizzi Birkner. Rosa Morton.
Hierauf: **Er.** Pariser Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. G.
Karfreitag: **Konzert vom Berl. Tonkünstler-Orchester.**

Casino-Theater
Lothringerstr. 37.
Trotz des glänz. einzig dastehenden Erfolges nur bis Ende dieses Monats
Um 8¼ Uhr: **Ihre Familie.**
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7½ Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Während der Karwoche besonders gewähltes Programm.
Der Bajazzo und sein Kind.
Behrwall-Trio. • Rudolfi-Truppe. La bella Tamara. • Amon.
16 erstklassige Specialitäten 16

Cirkus Busch
Donnerstag, 27. März, abds. 7½ Uhr: Große Vorstellung: **Klondike.** Orig.-Pantomime des Cirkus Busch. Auftreten der neu engagierten Schulreiterin Mme. Charlotte Lehmann.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, den 27. März 1902, abends 8½ Uhr: Gastspiel von **Emanuel Reicher, Gertrud Eysoldt.**
Serenissimus - Zwischenspiele. Die Frau des Andern. Liebesträume. Die kleine Fite. Frau Mimi.

Mittwoch, den 2. April: Schluss d. diesjährig. Saison.
Cirkus Alb. Schumann
Letzte Woche!
Donnerstag, den 27. März 1902, abends präz. 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm sowie Auftreten sämtlicher neuen Specialitäten. U. a.: Der Amerikaner **Mr. Chester** mit seiner phänomenalen
Bycicle-Todesfahrt
aus einer Höhe von 36 Meter.
Frl. **Dora Schumann** als
L'écuyère lumineuse.
Zum Schluß: In Feuer u. Flammen.
Push-Ball. Das neueste amerikanische Sportspiel.
Die anerkannt unerreicht dastehend. Original-Dressuren des Dir. Albert Schumann.
Die große phantastisch-romantische Ausstattungs-Pantomime vom Hof-Balletmeister A. Siems, ca. 500 Mitwirkende
Mephisto
Morgen: Keine Vorstellung.
An den Osterfeiertagen **Je** 2 Gala-Fest-Vorstellungen. Nachm. 3½ Uhr und abends 7½ Uhr.
Des kolossalen Andranges wegen sind Billets schon jetzt an der Cirkuskasse zu haben.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr Sonntags 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Geschlossen
bis 1. Osterfeiertag.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock"
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. **Matinee** von 12—2 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a, am Kottbuser Thor.
Heute, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Der Kesselflicker.
Charakterbild mit Gesang.
An allen 3 Osterfeiertagen
Grosse Extra-Vorstellungen.
1. und 2. Feiertag: Anf. 7 Uhr.
3. Feiertag: Anfang 7½ Uhr.

Köpenick. Restaurant.
Bahnhofstr. 44.
Empfehle meinen **Saal Vereinen** und zu Privat-Festlichkeiten. Jeden **Sonntag Tanzkränzchen.**
Hermann Goericke.

Achtung! Achtung!

VI. Wahlkreis.
Montag, den 31. März 1902:
Vier große Matineen
arrangiert von den Socialdemokraten des sechsten Kreises.

Für **Moabit** im **Moabiter Gesellschaftshause (Peters),** Alt-Moabit 80/81.
Unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Vereinte Sangesbrüder Moabits"** (M. d. A. S.-B.) und der **Volkssänger-Gesellschaft Lewandowski.**

Für **Oranienburger Vorstadt und Wedding**
im Eiskeller, Chausseestraße 88.
Unter Mitwirkung der Gesangvereine **„Nordwacht"** und **„Weddinger Harmonie"** (M. d. A. S.-B.) und des **Blobel**schen **Musik-Konservatoriums.**

Für **Gesundbrunnen** in **Ballschmieders Kastanienwäldchen,**
Badstraße 16.
Unter Mitwirkung des **Gesangvereins der Putzer** (M. d. A. S.-B.) und von Mitgliedern des **Turnvereins „Fichte".**

Für **Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt**
in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6/7.
Unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Maiglöckchen I"** (M. d. A. S.-B.) und des Theatervereins **„Anke".**

In allen Matineen:
Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert.
Anfang präcise 12 Uhr. 210/11
Um zahlreichen Besuch bitten. **Die Komitees.**

Freie Volksbühne.
9. Serie der Vorstellungen **im Lessing-Theater,** Sonntag, den 13. April 1902 und folgende Sonntage:
— Die Hoffnung —
(op Hoop van Zeegen)
Ein Seestück in 4 Akt. v. **Hermann Heyermanns jr.**
5./6. Abteilung im Berliner Theater Sonntag, den 30. März (Ostern) Anfang präcise
2¼ Uhr:
Wilhelm Tell.
Der Vorstand. I. A.: **G. Winkler.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zur Beachtung! Nächsten Sonnabend wird auf allen Zahlstellen des Verbandes kassiert.
Sonntag, den 13. April cr., nachmittags 4 Uhr:
Urania-Vorstellung.
Von den Alpen zum Vesuv.
Billets auf den Zahlstellen und dem Verbandsbureau. 81/10

Berlins größter **Hutbazar** empfiehlt sein enormes Lager in **Filz- und Seiden-**
Hüten.
Prima Qualität, neueste Façons, elegante Ausstattung.
Jeder Filzhut 3 Mark.
61. Potsdamerstraße 61.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 122. Male: **Coralie & Co.**
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Knaben-Garderobe
für das Alter v. 2 bis 18 Jahren am
billigst. u. reellsten
direkt in der Fabrik von [3699]*
Karl Hustädt
O., Koppenstr. 85,
2 Minuten vom Schlesischen Bahnhof.

Großer Möbelverkauf.
In meinem großen Möbelspeicher und Lagerräumen
Neue Königstr. 59
(nahe Alexanderplatz) stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, neue und vielfach gewesene, zum schleunigen sehr billigen Ausverkauf. Passendere Gelegenheit für Brautleute wohl noch nie dagewesen. Brautleute erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Durch große Gelegenheits-Einkäufe, Ersparnisse der Ladenmiete, ferner durch Selbstanfertigung sämtlicher Polstermöbel und Dekorationen als Tischlermeister bin ich im stande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hochelegante Ausstattungen von 1600 bis zu 2000 Mark. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat vertretener gewesener und zurückgesetzter Möbel, die fast noch ganz neu und im Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind. Musterbuch gratis und franko. Kein Kaufzwang. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert und aufgestellt. Bitte genau auf **Hausnummer 59** zu achten.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, nahe der Rossstrasse, wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 3499[illegible]*

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Liebknecht-Denkmal-
Ansichts-Postkarten
6farbig, a 10 Pf., Händler hohen Rabatt. 1505b
Buchdruckerei **Witzel,** Brunnenstr. 164.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hatt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

---

Tessnows Volksgarten Hakenfelde b. Spandau
Bahnstation Spandau,
romantisch am Spandauer Stadtwald gelegen, mit großem Tanzsaal, elektrisches Orchestrion, schöne Hallen, Kegelbahnen 2c., 3000 Personen fassender schattiger Garten für Sänger und Sommerfeste aller Art, für Landpartien per Kremser auf schöner schattiger Chaussee am Spandauer Schiffahrtskanal über Haselhorst oder über Charlottenburg und Spandauer Bock, per Bahn: Station Spandau, mit elektrischer Bahn bis Stadtpark auf schattigem Waldweg in 10 Minuten zu erreichen. Herrliche Fuß- und Radtouren über Tegel, Nieder-Neuendorf, Heiligensee, Valentinswerder, Saatwinkel, Tegelort usw. Volksbelustigungen aller Art. Gute Speisen und Getränke bei soliden Preisen. Kaffeeküche ist stets geöffnet. Ausspannung für 100 Pferde. Größere Vereine bitte um vorherige Anmeldung. Größtes Spandauer Parteilokal. **Max Tessnow.**

Restaurant „Pferdebucht" bei Köpenick.
Zum Charfreitag und den Osterfeiertagen den geehrten Vereinen, Gesellschaften 2c. zu Partien angelegentlichst empfohlen. Circa 5000 Sitzplätze. Gute Speisen und Getränke. [3749]* **Wilhelm Brüsewitz.**

Arbeiter-Sekretariat für Kiel und Umgegend.
Für die **Wiederbesetzung des Amtes eines Sekretärs** am hiesigen Institut wird eine **geeignete Persönlichkeit** gesucht.
Der Antritt hätte so bald als möglich zu erfolgen.
Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mark.
Kenntnis der plattdeutschen Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung.
Geeignete Bewerber werden gebeten, Offerten mit Lebenslauf bis zum **5. April** infl. an den Unterzeichneten mit der Aufschrift „Bewerbung" einzusenden.
Kiel, den 25. März 1902. **Alex. Lütjens,**
Vors. der Aufsichtskommission des Sekretariats
Knooperweg 26 II.
37429*

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.
Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt. 34479*
D. Wurzel & Co., Köpnickerstr. 160.

Grosse Fänge!

Seefische

billig!

Schellfische in allen Grössen **20—25—30 Pf.** pro Pfd.
Cabliau (zum Kochen und Braten) **20—25 Pf.** " "
derselbe ohne Kopf im Anschnitt **25—30 Pf.** " "
Seelachs 25 Pf., im Anschnitt **30 Pf.**
Bratflundern (3 Pfd. 65 Pf.) **20 Pf.**
Rotzungen 45—50 Pf.; Schollen 35—40 Pf.
Knurrhahn 25—30 Pf. pro Pfd.

Geräucherte Seefische:
Schellfische, schöner als Bücklinge, **30—35** Pf. pro Pfd.
Flundern 55—60 Pf., **Roche** (Ersatz für Stör) **50—60** Pf.
Seelachs 50 Pf., **Knurrhahn 50** Pf. pro Pfd.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee“**

Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof **Börse,** Bogen 9—10.
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse,** Ecke Paulstrasse,
III. " **Prinzenstrasse 30.**
IV. " **Madaistr. 22,** im Schlesischen Bahnhof.

Johs. Skorczyk
Generalvertreter. [3737L*

Berliner Bank.
Bilanz per 31. Dezember 1901.

Activa.	M.	Pf.	Passiva.	M.	Pf.
Cassa-Conto	3 247 621	37	Aktien-Kapital-Conto	42 000 000	—
Nostro-Guthaben bei Banken und Bankfirmen	1 362 928	78	Ordentlicher Reservefonds	3 135 171	55
Coupons- und Sorten-Conto	246 557	66	Beamten-Pensionsfonds	123 675	—
Wechsel-Conto	15 814 683	98	Accepten-Conto	13 067 126	39
Effecten- und Consortial-Conto	16 670 806	67	Aval-Verpflichtungen	4 564 184	—
Beteiligung bei der Eisenbahn-Baugesellschaft Becker & Co. G. m. b. H.	2 323 000	—	Rückständige Dividenden	8 045	—
Effecten-Report-Conto	3 044 752	80	Conto-Corrent-Conto: Creditoren	27 397 734	70
Commandit-Beteiligungs-Conto	2 000 000	—	Reingewinn	1 598 211	14
Conto-Corrent-Conto: Debitoren	40 388 972	45			
Aval-Debitoren	4 564 184	—			
Geschäftshaus- und Inventar-Conto	2 146 842	41			
Grundstücks-Conto	83 797	66			
	91 894 147	78		91 894 147	78

Gewinn- und Verlust-Conto 1901.

Debet.	M.	Pf.	Credit.	M.	Pf.
Verwaltungskosten: Gehälter, Miete, Porti, Depeschen, Stempel etc.	793 474	35	Gewinnvortrag aus 1900	72 449	50
Steuern	186 387	75	Gewinn auf: Zinsen- und Wechsel-Conto	2 127 961	94
Abschreibung auf Effecten- und Consortial-Conto	1 200 000	—	Effecten- und Consortial-Conto	222 223	12
Abschreibung auf Conto-Corrent-Conto	152 043	63	Provisions-Conto	1 069 613	42
Reingewinn	1 598 211	14	Coupons- und Sorten-Conto	16 066	50
			der Depositenkassen und Commandite	421 802	39
	3 930 116	87		3 930 116	87

Berlin, den 31. Dezember 1901.

Berliner Bank.

Der Aufsichtsrat. Lucas, Vorsitzender.
Die Direktion. Chrambach. Klewitz Simon. Traube.

Die auf **2** Proz. festgesetzte Dividende gelangt gegen Einlieferung des Dividendenscheines pro 1901 mit **M. 20.**— bei der **Gesellschaftskasse** in **Berlin,** sowie bei den bekannten Zahlstellen zur Auszahlung. Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit der Firma resp. dem Namen des Einreichers zu versehen. 3748Q

Eigene Confection.

Elegante **Costümröcke**

enorm billig

in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., **Seidendamast** 25 M., Alpacca **4.50** M., 6 M., bis **30** M., **weiss** Cheviot und Piqué **3, 5, 7—15** M.

Jaketkleider
elegante Façons in Zibeline, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Homespun 15 M., 20 M., 25 M.

Bolerokleider
Saccokleider
Blusenkleider
letzte Neuheit 12 M., 15 M., 18 M.

Seidenblusen
6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Blusenhemden 1.75 M., 2.50 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.

Schwarze, glatte u. bestickte **Capes** und **Kragen** 10 M., 12 M., 15 M.

Jakets, Sackpaletots,
moderne Façons in vorzüglichem Sitz und tadelloser Verarbeitung 10 M., 12 M., 15 M., 20 M.

Sielmann & Rosenberg
BERLIN,
Kommandanten-Straße, Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Reste zur **Damen-Mäntel- Konfektion** und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
37319* **C. Pelz,** Kottbuserstraße **4.**

Restaurant „Zum goldenen Bienenkorb“
Voltastraße 43, Ecke Wattstraße.
Eröffnung am Sonntag, den 30. März.
Emil Böhl. [15155*

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [35192*
Knabenfilzhüte 0,75—3 M.
Herrenfilzhüte, weich 1,75—5,25 "
steif 2,00—5,25 "
Cylinderhüte 4,00—12,00 "
Chapeaux claques 7,00—10,00 "
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Hut-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 44, part.,
Kein Laden.

Zur **Ballsaison.** Für Vereine und Gesellschaften.
Cotillon, Masken, Zauber-, Scherz-Artikel, Damenspenden, Polonaise-Dekorationen.
Paul Schimlick, Festlichkeitsbedarf,
Tel. VIa, 11873. **Berlin, Friedrichstrasse 235.** 3503L*

THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.
(FINANZ- & HANDELSBANK.)
Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 6 000 000 Vollbezahlt.
28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E.C.
Telegramm-Adresse: AMIRALAT, LONDON.
AN- und *VERKAUF* von *Werthpapieren* an der *LONDONER* Börse. *BELEIHUNG* von sämmtlichen an Londoner und Berliner Börsen kurshabenden Werthpapieren bis *95 pCt.* des Kurswerthes, Lombardzinsfuss von *4 pCt.* angel. *Kontokurrenteröffnung.* Wechseldiscontirung. *Tägliche Kursberichte. Anfragen* über alle an der Londoner Börse gehandelte Effecten werden ausführlich beantwortet.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 11/13*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Gesetzl. erl. Serien-Lose.
Abwechs. Haupttreffer i. Mark
13/15* **300 000**
178 500, 135 000, 120 000 2c.
„Jedes Los ein Treffer.“
Nächste Ziehung 1. April.
Monatl. Beitrag M. 3.— u. 5.50.
L. Johannsen, Apenrade 23.

Honig! Unverfälscht. deutschen **Bienenhonig,** schöne helle Tafelware, vers. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rückn. Reelle Bedienung zugesichert. 3566L*
E. Reil, **Nordloh,** Bahnhof, Augustfehn Oldenbg.

Jedes Wort: **5** *Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.*

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Eckrestauration preiswert zu verkaufen. Lausitzerplatz 13. 1389b

Restauration Rostockerstraße 40 zu verkaufen. 1460b

Landparzellen, gesundeste Lage, kein Bauzwang, 600 Mark, günstige Zahlungsbedingung, verkauft die Hausverwaltung Brunnenstraße 151.

Baustellen ohne Bauzwang, gesundeste Lage, Ostbahn-Vorort, Quadratrute 12 Mark, verkauft Hausverwaltung, Brunnenstraße 151. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus Achilles, Große Frankfurterstraße 16, früher 7 Jahre bei Baer Sohn thätig: Zum Frühjahr und Sommer: Elegante Herren- und Knaben-Garderoben, Sport- und Berufsbekleidung, verbunden mit eleganter Maßanfertigung, empfiehlt August Achilles. 1063R*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1080R*

Knabenanzüge spottbillig, 3 Mark, 4,00, 5,00, Knabenanzüge enorme Auswahl, Knabenhosen, Knabenanzüge in Sammet spottbillig. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93. 1041R*

Einsegnungs-Anzüge, fertig und nach Maß, von 9,50 Mark an, Burschenanzüge 8—12, Burschenhosen spottbillig. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Einsegnungs-Kleider, fertig, per Stück 11,00, elegant, Mädchenkleider, Mädchenjacken für jedes Alter spottbillig. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Golfcapes, Damenjacketts 4,50, 5,50, 8,00, 10 Mark, Kostümröcke 3,95, 4,50, 6,50, elegante Ausführung. Riesenauswahl. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Rosenbergs Resterhandlung, Kostümstoffreste in Cover-Coat, Homespune, Reste zu Herrenanzügen, Reste zu Knabenanzügen, Capesstoffe, Reste zu Kinderjacketts in Sammet, Seide, Plüsche, Knöpfe, alles in enormer Auswahl spottbillig. Zuschnitt gratis. Rosenberg, Kottbuserdamm 93. *

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. †*

Restauration, krankheitshalber billig zu verkaufen. Berlin, Dunckerstraße 10. 115/7*

Resterhandlung. Stoffe zu Anzügen, Kleiderstoffe, fertige Knabenanzüge, Jacken, Hosen. Wickenau, Sorauerstraße 30. Lieferant Konsumverein Süd-Ost. 1481*

Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Herrenwäsche, Krawatten empfiehlt Sauson, Prenzlauer-Allee 217. †61*

Teppiche, gute Qualität, kleine Webfehler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoehr, Münzstraße 17. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Teppiche. Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. †*

Möbelmagazin liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr coulanten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus verteilt. Meyer, Invalidenstraße 38, an der Chausseestraße. 1079R*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebastianstr. 81.

Möbel auf Teilzahlung. Teichmann, Prinzenstraße 62. 1212

Tennigkeits Möbelfabrik, Oranienstraße 173, am Oranienplatz. Liefere schon geschmackvolle Einrichtung von 200, 300, elegant von 400 bis 5000, zum Beispiel Muschelschrank, Vertikow 45,00, Herrenschreibtisch 58,00, Taschendiwan 78,00, Trumeau 45,00, Buffett 140, Muschelbettstelle, Matratze 48,00, Ruhebett 30,00, Spiegelspind 28. Verliehene und zurückgesetzte billig. Auch Teilzahlung. 1087K*

Möbel-Gelegenheit. Beim Auktionator Otto Lübeke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeaus 30,00, Salonteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Muschelschränke, Salongarnituren, Paneelsofas, Ruhebetten, Büffetts, Schreibtische, Bücherschränke, Salonbilder, gestickte Uebergardinen, Divandecken, Stores, Steppdecken, Salonuhren, Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gekauftes lagert unentgeltlich. 1036R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hobelbänke, verschiedene, verkauft billig Diewitz, Motzstraße 56. 1474b

Musikwerke mit auswechselbaren Notenscheiben, für Restaurateure Musikautomaten, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. †*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kanarienroller 4,00, Vorsänger 8,00, Zuchtweibchen. Schmidstraße 31.

Kanarienroller, große Auswahl, Zuchtweibchen. Schmidstraße 31.

Betten, prachtvolle, 17,00. Michel, Köpnickerstraße 26. 1509b

Papier- und Spielwarengeschäft, gut gehend, umständehalber zu verkaufen Greifswalderstraße 3, am Königsthor. 1512b

Geschäft auf Abzahlung, auch zu verpachten. Pauling, Königsbergerstraße 14. 1516b

Kahn und **Boot** mit Segelzeug verkauft billig Bootsbauer Hennig, Schmöckwitz. 1515b

Halbrenner, 55,00, hochmodern, Rahlaff, Franseckistraße 7. 115/13

Fahrrad billig. Werner, Alexandrinenstraße 73. 16/15*

Fahrräder-Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11, hat das größte Fahrradlager Berlins in versetzten, verfallenen, sowie postenweise eingekauften neuen Fahrrädern. Diese Riesenauswahl qualitativ feinster Markenräder ermöglicht, daß Radkäufer nach jeder Richtung glänzende Gelegenheitskäufe machen können. Das Fahrrad-Leihhaus nimmt in Fahrrädern selbstverständlich nur ausreichend berühmte und tadellos erhaltene Fahrräder an, daraus resultieren dann die günstigsten Verkaufsgelegenheiten. Marken: Brennabor, Germania, Opel, Herkules, sind stets in vielen Exemplaren vorhanden, auch Damenräder, sowie Nickelluxusräder. Aeltere Fahrradmodelle spottbillig. Vergleich mit Konkurrenz und Lagerbesichtigung erbeten. Fahrräder-Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11.

Damenräder, verfallene, großartige Auswahl, spottbillige Preislagen. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 115/10

Möbel, mehrere Zimmer, müssen sofort verkauft werden: Vertiko, Muschelschrank 26,00, Taschensofa 45,00, Säulentrumeau 35,00, Muschelgarnitur 75,00 (gekostet 210,00), Muschelspiegel 10,00, Muschelbettstellen, Säulenschränke, Büffett, Bücherspind, Tische, Rohrstühle 3,00, Teppiche, Oelgemälde, Paneelsofa, mehreres, Gartenstraße 148 1 links. †137*

Hobelbank, Plattenhandwagen zum ziehen, zweirädriger Federwagen verkauft Ueckert, Bremerstraße 59. [1517b

Betten, zwei Stand (auch einzeln), zwei gute Atlassteppdecken, einen Teppich verkauft umständehalber billig (privat) Naunynstraße 52 I. links. 1520b

Nähmaschinen, verfallene, spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 16/15*

Küchenspind und Tisch, 16 Mark, dreiflammiger Gaskocher, 8 Mark, verkauft Teichert, Annenstraße 49. [1524b

Vermischte Anzeigen.

Danksagung. Allen Freunden und Bekannten, welche meinem lieben Mann, Georg Gabriel, die letzte Ehre erwiesen, besonders den früheren Kollegen von Buyke, Mir u. Genest, Fürst, sowie dem Metallarbeiter-Verband und dem Musikverein Echo sage ich hiermit meinen besten Dank. Frau Gabriel und Sohn. †133

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen **Putzger,** Steglitzerstraße 65. 810b

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Raterteilung. 1471b*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Schlafsofas, alte Möbel kauft Lazarus, Andreasstr. 57. [1027R*

Vereinszimmer, bis 60 Personen, zu vergeben. Kurth, Lausitzerstraße 46. †25*

Aufpolsterung. Sofas 6, Matratzen 4, Stubentapezieren billigst. H. Müller, Prinzen-Allee 67, II. 1506b

Buchführung besorge ich stundenweise zuverlässig. **Kölln,** Chorinerstraße 6. 115/12*

Steuerberufung! Ehescheidungs-, Unfallsachen, Raterteilungen! Linienstraße 36. Karfreitag geöffnet!

Achtung! Jeder Käufer erhält auf 1 Pfund Margarine, Kaffee oder Kakao ein Geschenk zu Müllerstraße 12, Ecke Lindowerstraße. 1066R*

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnung, zwei Stuben, Küche, Vorderhaus 1 Treppe, mit Stallung 70 Thaler, dicht am Bahnhof Zepernick, „Pankschloß“. 1497b*

Zimmer.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten Reichenbergerstraße 148, vorn III links. 1519b

Schmuckes Stübchen billig vermietbar. Brandenburgstraße 30/31, 4 Treppen links. 1475b

Möbliertes Zimmer. Fritsch, Josefstraße 11, Hof III. 1523b

Möbliertes Zimmer, ein oder zwei Herren, auch Schlafstelle. Charlottenstraße 8, Hof parterre. 16/17

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, Seger, Petristraße 10 III. 1478b*

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, 10 M., inkl. Luckwaldt, Küstriner Platz 5, Friseur. 1507b

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht zum 1. April kleines möbliertes Zimmer, Nähe Oranienplatz. Offerten, Preisangabe, Klaiber, Dresdenerstraße 124. Poremba.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Klavierspieler verlangt Wörtherstraße 39. †61*

Farbigmacherin verlangt Weißensee, König-Chaussee 47b. †127

Schulmädchen für nachmittags sucht Teichert, Annenstraße 49. [1525b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ein Werkmeister
für **England,** welcher die Herstellung von Arc Carbons (Kohlen für Bogenlampen) und Batterie-Platten gründlich kennt, gesucht. **Dauernde** Stellung für einen tüchtigen Arbeiter. Offerten mit Referenzen und Bedingungen, Angabe bisheriger Thätigkeit, unter M. 3 an die Exped. d. Bl. 3738L*

Achtung! **Achtung!**

Modelltischler!

Von der **Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Moabit,** sowie von der Firma **Ludwig Löwe,** Maschinenbau, **Eckert,** Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichsberg, und **Schrepp,** Berliner Modellfabrik, Kastanien-Allee, **Jachmann,** Eisengießerei, verlängerte Huttenstraße, sind sämtliche Modelltischler ausgesperrt. Den Modelltischlereien **Kurzholz,** Oranienstr. 25, **Dietrich,** Chausseestraße 52, und **Garbe,** Wasserthorstraße 30, sind Aufträge aus der „Union“ zugegangen.

Zuzug fernhalten!

Achtung, Tischler!

In der Werkstatt von **Liebig & Pollin,** Posenerstr. 29, haben sämtliche Kollegen wegen Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt.
Zuzug streng fernzuhalten!
Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend. 186/8

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.